


www.laender-analysen.de/ukraine

RELIGION BEZIEHUNGEN MIT EU UND NATO

■ ANALYSE Neue Kirchengesetzentwürfe verschärfen konfessionelle Konflikte in der Ukraine Von Martin-Paul Buchholz, Mainz	2	■ STATISTIK Außenhandel der Ukraine mit der EU-28 und Russland im Vergleich	17
■ UMFRAGE Zugehörigkeit zu Kirchen laut Umfragen: Kiewer versus Moskauer Patriarchat Aussichten der Orthodoxie in der Ukraine und Gründe für interkirchliche Konflikte Die Beziehung zwischen Kirche und Staat	6 7 8	■ UMFRAGE Unterstützung des EU- und des NATO-Beitritts in aktuellen Umfragen	21
■ STATISTIK Institutionelle Macht der Kirchen: Kiewer versus Moskauer Patriarchat	9	■ DOKUMENTATION Reaktionen auf die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens durch die Niederlande Das EU-Parlament unterstützt Handelszugeständnisse für die Ukraine mit Ausnahmen	23 25
■ DOKUMENTATION Spannungen zwischen Religionsgemeinschaften in den Jahren 2015–2017	10	NATO-Integration der Ukraine in den Abstimmungen der Werchowyna Rada	26
■ ANALYSE Stand der DCFTA-Implementierung nach einem Jahr Von Veronika Movchan, Kiew, und Ricardo Giucci, Berlin	15	■ DOKUMENTATION UNICEF und OSZE zu den Wasserproblemen im Donbas Angriff auf OSZE-Beobachtermission in der »DNR«-kontrollierten Stadt Jasinowata	27 28
■ TABELLE ZUM TEXT Überblick über die Implementierung des DCFTA in sieben Bereichen	17	■ CHRONIK 12. – 25. Juni 2017	29

Neue Kirchengesetzentwürfe verschärfen konfessionelle Konflikte in der Ukraine

Von Martin-Paul Buchholz, Mainz

Zusammenfassung:

Zwischenkirchliche Konflikte lassen sich in der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit ausmachen. Einer der Hauptkonflikte besteht dabei zwischen Kiewer und Moskauer Patriarchat. Ein Konflikt, der sich nach dem Euromaidan noch einmal verstärkt hat, ist vor allem auf Gemeindeübertritte von einer Kirche zur anderen zurückzuführen. Zwei neue Entwürfe für »Kirchengesetze«, die von der Werchowna Rada aber noch nicht verabschiedet worden sind, haben diesen Konflikt verstärkt.

Konfessionelle Situation und konfessionelle Konflikte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion

Die aktuellen konfessionellen Konflikte in der Ukraine, die zurzeit hauptsächlich ein Konflikt zwischen Kiewer und Moskauer Patriarchat prägt, haben in der Ukraine eine jahrelange Tradition. Die konfessionelle Situation der Ukraine ist komplexer als in den übrigen postsowjetischen Staaten (s. Beitrag von Thomas Bremer in den *Ukraine-Analysen* 43) und besonders konfliktgeladen. Das Land kann allein drei ukrainische orthodoxe Kirchen aufweisen, die untereinander zerstritten sind. Sie alle führen ihren Ursprung auf die Christianisierung der Kiewer Rus zurück: Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (UOK-MP), die formell zum Moskauer Patriarchat gehört, die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats (UOK-KP) und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK). Die UOK-MP kann bis heute die meisten Gemeinden aufweisen (s. Tabelle 1 auf S. 10), gefolgt von der UOK-KP. Zwischen diesen beiden Kirchen kommt es seit 1992 immer wieder zu Konflikten. In jenem Jahr spaltete sich eine Gruppe der UOK-MP – unter deren Oberhaupt Metropolit Filaret (Denysenko) – ab und gründete ein Kiewer Patriarchat. Daraufhin wurde Metropolit Filaret, das damalige Oberhaupt der UOK-MP, vom Moskauer Patriarchat exkommuniziert. 1995 wurde er zum Patriarchen des Kiewer Patriarchats gewählt, das er initiiert hat, das aber bis heute nicht von der Weltorthodoxie anerkannt wird. Die UAOK wird ebenfalls nicht von der Weltorthodoxie anerkannt, kann aufgrund interner Spaltungen jedoch auch kaum noch Gemeinden aufweisen und ist die kleinste orthodoxe Kirche des Landes.

Eine vierte ukrainische Kirche ist die Ukrainische Griechisch-katholische Kirche (UGKK). Wie die drei orthodoxen betrachtet auch sie sich als Nationalkirche und sieht ihren Ursprung ebenfalls in der Christianisierung der Kiewer Rus. Sie ist vor allem im Westen der Ukraine präsent. Seit dem Euromaidan haben sich viele Gemeinden von der UOK-MP abgewendet, die

UOK-KP hat verstärkten Zulauf erhalten (s. Grafik 1 auf S. 6). Mit diesen Übertritten aus einer Jurisdiktion in eine andere stellen sich auch materielle Fragen nach dem Kirchenbesitz und dem Eigentum des Gotteshauses.

Die oftmals gewalttätigen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre zwischen Anhängern einzelner Denominationen ließen zu Beginn der 2000er Jahre nach. Die Oberhäupter der Kirchen sind seit 1996 im »Allukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen« zusammengefasst und arbeiten spätestens seit 2004 konstruktiv zusammen, um ihre Positionen gegenüber dem Staat geschlossen zu vertreten und zu stärken. Gemeinsam stärken sie seitdem den Dialog mit den staatlichen Behörden und versuchen auch auf Gesetzgebungsprozesse Einfluss zu nehmen, indem sie anstreben, an Gremien beteiligt zu sein, die Gesetze ausarbeiten.

Konfessionelle Konflikte nach dem Euromaidan

Die Oberhäupter der Kirchen treten nach wie vor gemeinsam für die territoriale Integrität der Ukraine und einen baldigen Frieden ein, die zwischenkirchliche Situation hat sich nach dem Euromaidan jedoch wieder verschärft. Die erneut vorgebrachten Forderungen seitens des Kiewer Patriarchen Filaret nach einer Kircheneinheit machten, gepaart mit antirussischer Rhetorik, die Spannungen in den Beziehungen zwischen UOK-MP und UOK-KP erneut sichtbar. Auch auf Gemeindeebene waren sie verstärkt spürbar. Die UOK-MP wird seit dem Euromaidan immer mehr öffentlich zum Feindbild stilisiert.

Die OSZE berichtete in den Jahren 2015 und 2016 regelmäßig über die konfliktgeladene konfessionelle Situation in der Ukraine nach dem Euromaidan, vor allem in der Westukraine, aber auch in anderen Gegenden des Landes (s. Dokumentation auf S. 11–15). Im Desnjanskij-Bezirk in Kiew wurde im Januar 2015 eine Kirche der UOK-MP angezündet. In Mariupol im Südosten des Landes gab es 2015 starke Proteste gegen den Bau einer Kirche der UOK-KP. Man drohte dem Erz-

bischof der UOK-KP, die Kirche, sollte sie gebaut werden, sofort niederzubrennen. Auch der Wechsel von Gemeinden von einer Jurisdiktion in eine andere, nach dem Euromaidan verstärkt von der UOK-MP zur UOK-KP, führte zu Auseinandersetzungen.

Der Übertritt einzelner Gemeinden von der UOK-MP zur UOK-KP wird vom Moskauer Patriarchat als »widerrechtliche Besetzung« bezeichnet und von der UOK-KP als »Bedürfnis der Gläubigen, in der Ukrainischen Kirche zu sein«. Beide Diskurse sind aus der jeweils eigenen Sicht verständlich. Übertritte von der UOK-MP zur UOK-KP sind verstärkt in den westukrainischen Gebieten und dort vor allem in Wolhynien im Gebiet Ternopil in der Nähe der Potschajiw Lavra, dem Mariä-Entschlafens-Kloster in Potschajiw, einem zur UOK-MP gehörigen Klosterkomplex und Wallfahrtsort, zu beobachten. Bereits 2015 hat der Religiöse Informationsdienst der Ukraine (RiSU) eine interaktive Karte erstellt, auf welcher Übertritte von Gemeinden der UOK-MP zur UOK-KP zu sehen sind, mit Angaben und Hintergrundinformationen zu den einzelnen Fällen.

In den Medien tauchte besonders häufig der Ort Ptycha im Gebiet Rivne auf. Dort wechselten Ende 2014 zwei Drittel der Bürger zur UOK-KP. Ende Dezember dieses Jahres besetzten Anhänger der UOK-KP die bis dahin zur UOK-MP gehörende Kirche – seitdem versucht die Polizei, gewalttätige Auseinandersetzungen vor und in der Kirche zwischen den Anhängern beider Jurisdiktionen zu vermeiden.

Als Grund für die Übertritte bzw. die Abkehr vieler Gläubiger von der UOK-MP hat der ukrainische Religionssoziologe Wiktor Jelenskij die oftmals feindliche Einstellung der Geistlichen dieser Kirche gegenüber der Ukraine und ihre demonstrative Nichtunterstützung der ukrainischen Soldaten im aktuellen Konflikt mit den sog. östlichen Volksrepubliken genannt.

2017 hat die UOK-MP begonnen, mit administrativen Änderungen auf die Übertritte zu reagieren. Bei der regelmäßigen Bestätigung der Kirchenstatuten, die die Gemeinden bei den städtischen Behörden einreichen müssen, registrierten die Behörden Anfang 2017 Änderungen im Kirchenstatut einiger Gemeinden der UOK-MP, die besagten, dass Gemeinden, die die UOK-MP verlassen, ihren Besitz und vor allem ihr Kirchengebäude verlieren.

Kritik an den neuen Kirchengesetzesentwürfen

Im Kontext dieser immer häufiger auftretenden Gemeindeübertritte, die oftmals mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden waren, sollten in der Werchowna Rada am 18. Mai 2017 zwei Gesetzesentwürfe zu kirchlichen Fragen vorgelegt werden, die Gesetzesentwürfe

Nr. 4128 und Nr. 4511. Sie führten im Vorfeld zu Protesten in der Ukraine und im Ausland. Besonders starke Proteste waren von Anhängern der UOK-MP und der Russisch-Orthodoxen Kirche sowie von deren Patriarchen persönlich zu hören.

Der Patriarch der Russisch-Orthodoxen Kirche Kirill wandte sich am 17. Mai vor der in der Werchowna Rada geplanten Abstimmung über die Gesetzesentwürfe an die Oberhäupter des Normandie-Quartetts (die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine), Papst Franziskus, den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen und versuchte so, die Diskussion um die Gesetzesentwürfe auf eine internationale Ebene zu heben. Seiner Ansicht nach sind die Gesetzesentwürfe verfassungswidrig.

In den russischen Medien wurden sie als »Antikirchengesetze« und »Antiorthodoxiegesetze« bezeichnet. Anhänger der UOK-MP riefen zu öffentlichen Protesten gegen sie auf. Kritische Stimmen kamen nicht nur vom Moskauer Patriarchat, sondern auch vom bulgarischen Patriarchen. Selbst innerhalb der Ukraine sind die Gesetzesprojekte sehr umstritten.

Der Inhalt der Gesetzesentwürfe

Der Gesetzesentwurf Nummer 2128 bezieht sich auf Artikel 8 im Gesetz über »Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen« und ist folgendermaßen betitelt: »Über die Einführung von Änderungen im Gesetz der Ukraine, ‚über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen‘ (in Bezug auf den Wechsel der Zugehörigkeit zu einer religiösen Organisation)«. Das »Gesetz über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen« wurde 1991 noch von Organen der Sowjetunion ausgearbeitet und verabschiedet und regelt das religiöse Leben des Landes. Der neue Gesetzesentwurf wurde von einer Gruppe von Abgeordneten der Werchowna Rada unter dem erwähnten Religionssoziologen Jelenskij ausgearbeitet. Jelenskij, einer der bekanntesten Religionswissenschaftler und Religionssoziologen der Ukraine, ist Präsident der ukrainischen Assoziation für Religionsfreiheit und seit 2014 Abgeordneter der Werchowna Rada.

Der Gesetzesentwurf beinhaltet vor allem zwei ergänzende Formulierungen. Im ersten Fall handelt es sich um diesen Satz: »Die Zugehörigkeit des Einzelnen zu einer religiösen Gemeinschaft wird über dessen Selbstidentifikation mit dieser religiösen Organisation definiert, zu deren Bestätigung die Teilnahme am religiösen Leben ebenjener Gemeinschaft dient.«

Die zweite Ergänzung soll den Worten »freier Wechsel dieser Zugehörigkeiten« folgen und sie so ergänzen: »durch die Registrierung einer neuen Fassung des Kirchenstatuts oder durch Änderungen und Ergänzungen

gen in demselben, die angenommen werden durch die Zustimmung der einfachen Mehrheit derjenigen, die an der Versammlung der Bürger teilgenommen haben, welche zu der religiösen Gemeinschaft gehören«.

Die Ergänzungen legen Wert auf eine neue gesetzliche Ausrichtung auf Selbstidentifikation einzelner Gemeinden, verbunden mit einer basisdemokratischen Reformierung des Gemeindewesens. Kirchenbau und Kirchenbesitz sollen stärker an die Gemeinden gebunden werden, um das religiöse Leben nicht durch eine Politisierung der Konfessionsfrage zu gefährden.

Das Moskauer Patriarchat betonte und betont immer noch, dass die UOK-MP nicht nur die Kirche mit den meisten Gemeinden, sondern vor allem auch die einzige kanonische orthodoxe Kirche sei. Aus Sicht des Moskauer Patriarchats dürfen UOK-KP und UAOK nicht als Kirchen betrachtet werden, da sie von der Weltorthodoxie nicht offiziell anerkannt werden. Es den Gläubigen zu ermöglichen, zu diesen Kirchen zu wechseln, bedeutet in dieser Logik, die Gläubigen von der einzig wahren Kirche wegzuführen und ihr Seelenheil zu gefährden. Die Argumentation, dass mit den Gesetzentwürfen die UOK und damit zwangsläufig Millionen Gläubiger diskriminiert würden, ist in Bezug auf diesen Gesetzentwurf unschlüssig, weil er den Gläubigen erlaubt, sich zu ihrer Kirche zu bekennen. Auf der anderen Seite kann eine Gemeinde durch den Wechsel der aktiven Gemeinemitglieder nicht nur die Zugehörigkeit zu einem Patriarchat innerhalb der Orthodoxie, sondern sogar die Konfession wechseln. Dies war aber auch vorher schon möglich.

Der zweite Gesetzentwurf (Nr. 4511) »Über den besonderen Status religiöser Organisationen, deren Hauptsitz sich in einem Staat befindet, der von der Werchowna Rada als Aggressorstaat bezeichnet wird« besteht aus sieben Artikeln.

Das Gesetz soll den Umgang mit religiösen Gemeinschaften regeln, deren kanonisches und geistiges Leitungszentrum sich nicht in der Ukraine befindet, sondern in einem Land, das von der Werchowna Rada als feindlich gegenüber der Ukraine eingestellt eingestuft wurde. Auch wenn in dem Dokument kein Land genannt wird, macht der aktuelle Kontext deutlich, dass es sich bei dem »Aggressorstaat« aktuell um Russland handelt. Ziel des Gesetzes sei, so heißt es in dem Entwurf, der am 22. April vorgelegt wurde, den Einfluss auf die religiöse Situation in der Ukraine aus dem Ausland zu kontrollieren und dem Versuch entgegenzuwirken, diese zu destabilisieren und zwischenkonfessionelle Konflikte hervorzurufen. Zudem gehe es um den Schutz nationaler Interessen, die territoriale Integrität und die staatliche Souveränität der Ukraine.

Religiöse Organisationen, die unter die genannten Kriterien fallen, schließen dem Gesetzentwurf zufolge durch die erneute Registrierung ihres Statuts einen Vertrag mit dem Staat über einen Sonderstatus ab. Mit einem solchen Vertrag wollen die Autoren des Gesetzentwurfs sicherstellen, dass von den betroffenen religiösen Organisationen keine ukrainiefeindlichen Handlungen mehr zu erwarten sind.

Der Vertrag schreibt dabei ebenso eine staatliche Erlaubnis für die Einladung religiöser Würdenträger aus dem Ausland wie die staatliche Genehmigung von Kandidaten für hohe Kirchenämter vor. Bei Bekanntwerden einer Zusammenarbeit von Mitgliedern einer Gemeinschaft mit Terroristen behält sich der Staat vor, die Gemeinschaft aufzulösen. Durch den Passus über die Zustimmung zu Kandidaten für kirchliche Ämter stellt das Gesetz eine Einmischung in innere Angelegenheiten von Kirchen dar.

Betroffen ist von dem Entwurf bisher lediglich die UOK-MP. Deren Verwaltung ist zwar seit 1990 selbstständig, damals wurde das ukrainische Exarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche in Ukrainisch-Orthodoxe Kirche umbenannt und erhielt eine weitreichende Autonomie, nominell gehört es jedoch noch immer zum Moskauer Patriarchat. Das Oberhaupt der UOK-MP ist zudem ständiges Mitglied des Heiligen Synods, des Leitungsgremiums der Russisch-Orthodoxen Kirche. Einen Autonomiestatus – also eine völlige Selbstständigkeit ohne Unterordnung unter eine Jurisdiktion – hat die UOK-MP ebenso wenig erwirken können wie die Autokephalie. Damit bleibt ihr Selbstständigkeitsstatus umstritten, obwohl sie 2007 sogar eigenständig – ohne Zustimmung des Moskauer Patriarchats – ihr Kirchenstatut geändert hat.

Unter ihrem Oberhaupt Metropolit Wolodymyr (Sabodan) waren auch von der UOK-MP patriotische ukrainische Stimmen zu hören. Wolodymyr galt als ukrainischer Patriot, nach seinem Tod im Jahr 2014 wurde er vom Ministerpräsidenten der Ukraine Arsenij Jazenjuk als Patriot und Europäer gewürdigt. Anschließend war von einer proukrainischen Ausrichtung der Kirche weniger zu bemerken. Das neue Oberhaupt Metropolit Onufrij (Beresowskij) versuchte sich jeglicher Positionierung zu entziehen, was ihm in der Regel als prorussische Position ausgelegt wurde.

Die formale Zugehörigkeit zum Moskauer Patriarchat erfordert für die UOK-MP bzw. deren Gemeinden nun einen erhöhten bürokratischen Aufwand. Jede dieser Kirche zugehörige religiöse Organisation, und damit sind nicht nur Gemeinden, sondern auch Bruderschaften, Missionszentren, kirchliche Verwaltungseinheiten u. a. gemeint, müssen, wenn sie bereits in der Ukraine mit einem Statut registriert sind, innerhalb von drei

Monaten mit den erforderlichen Dokumenten bei den staatlichen Behörden einen Vertrag mit dem Staat über einen besonderen Status abschließen. Diejenigen, die noch nicht registriert sind und sich erst nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes registrieren lassen, schließen diesen Vertrag bei der Registrierung automatisch ab.

Ein geistiges Oberhaupt, welches sich im Ausland befindet, weisen u. a. UGKK und die Römisch-katholische Kirche in der Ukraine auf, deren Vorteil allerdings ist, dass sich die Ukraine nicht in einer angespannten Situation mit dem Vatikan befindet – wobei sich der Vatikan über die Gesetzentwürfe ebenfalls sehr besorgt geäußert hat.

Es steht zu befürchten, dass sich die zur UOK-MP gehörenden Gemeinden durch den neuen Gesetzentwurf benachteiligt sehen. Gemeinsam mit dem ersten Gesetzentwurf über die Regelung des Jurisdiktionswechsels könnte der Entwurf einzelne Gemeinden zu solchen Jurisdiktionswechseln anregen.

Entgegen der Ankündigung, beide Gesetzesentwürfe in der Werchowna Rada am 18. Mai zu behandeln, steht dieser Punkt bis heute aus. Es ist nicht das erste Mal, dass Änderungen in der ukrainischen Religionsgesetzgebung Proteste hervorrufen. 2011 hatte der damalige Präsident Viktor Janukowitsch Änderungen am Gesetz über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen in Auftrag gegeben. Damals befürchtete man eine zunehmende Privilegierung der UOK-MP. Alle Kirchen der Ukraine sowie der russische Patriarch forderten, Gesetzentwürfe mit den traditionellen Kirchen des Landes abzusprechen. Eine Gesetzesänderung war damals

durch die von Janukowitsch vorgenommenen Umstrukturierungsmaßnahmen zwingend erforderlich, da die Zuständigkeiten für die Registrierung religiöser Organisationen verändert worden waren. Durch einen Dialog im Rahmen des »Allukrainischen Rates der Kirchen und religiöser Organisationen« zwischen Kirchen und verantwortlichen Politikern konnte man sich damals einigen. 2016 wurde das Gesetz über Gewissensfreiheit vom obersten Verfassungsgericht des Landes dahingehend abgeändert, dass es danach eine Ausweitung der Versammlungsfreiheit auch für religiöse Organisationen beinhaltete. Diese waren nun nicht mehr gezwungen, den Behörden alle Versammlungen offiziell mitzuteilen. Diese Änderung wurde zum damaligen Zeitpunkt kaum rezipiert.

Zusammenfassung

Anders als bei den Protesten der Kirchen gegen Gesetzesänderungen unter Präsident Viktor Janukowitsch sind sich die Kirchen heute in Bezug auf die neuen Gesetzesinitiativen nicht einig.

Die UOK-MP sieht sich klar benachteiligt und die Formulierung »Agressorstaat« zur Bezeichnung Russlands ist für sie nicht hinnehmbar.

Mangelnde Sensibilität seitens einiger Abgeordneter lässt sich insbesondere beim zweiten Gesetzentwurf feststellen. Aber auch auf kirchlicher Seite muss man feststellen, dass sich die einzelnen Kirchen oftmals nicht intensiv mit den Inhalten der Entwürfe auseinandergesetzt haben und zum Teil eine Politisierung der konfessionellen Situation anstreben oder fördern.

Über den Autor:

Martin-Paul Buchholz hat Kulturgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas und Soziologie an der Universität Bremen studiert. Er promoviert am Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Thema »Die ukrainische Kirche vor der europäischen Frage«.

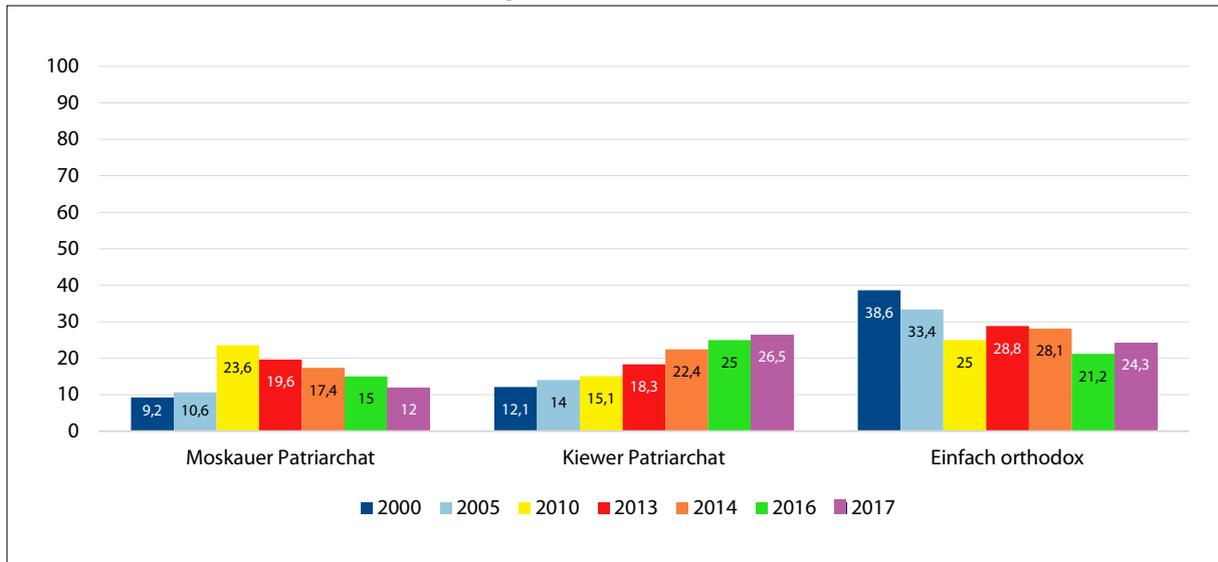
Lesetipps:

- Bremer, Thomas: Zur kirchlichen Situation in der Ukraine, Ukraine-Analysen Nr. 43, 09.09.2008, S. 21–24, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen43.pdf>>
- Friesen, Oleg: Religion im Ukraine-Konflikt, Ukraine-Analysen Nr. 137, 30.09.2014, S. 18–20, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen137.pdf>>
- Boeckh, Katrin / Turij, Oleh (Hrsg.): Religiöse Pluralität als Faktor des Politischen. München 2015, ISBN: 978-3-86688-504-2.
- Interaktive Karte zu Gemeindeübertritten unter: <<https://risu.org.ua/ru/index/exclusive/review/61901/>>

UMFRAGE

Zugehörigkeit zu Kirchen laut Umfragen: Kiewer versus Moskauer Patriarchat

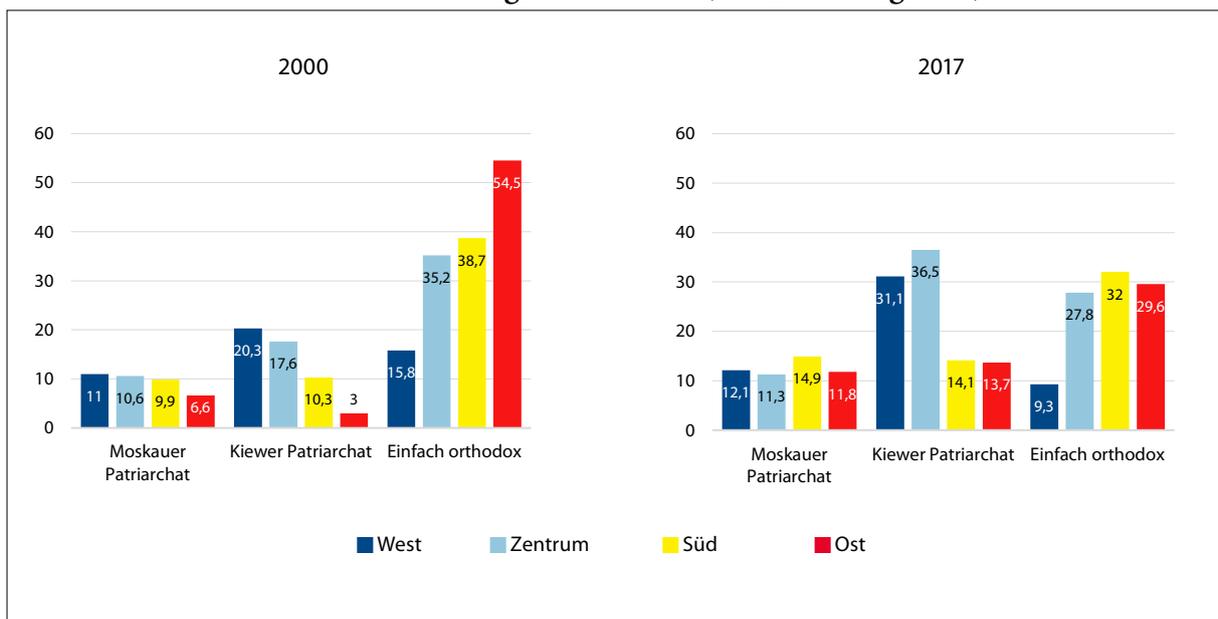
Grafik 1: Welcher orthodoxen Kirche gehören Sie an? (in %, 2000–2017)



Anmerkung: Hier sind nicht alle Antworten angegeben. Für die Originaldaten siehe Quelle.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums, <http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017_Religiya.pdf>; Ukraine-Analysen Nr. 137, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen137.pdf>>, S. 22.

Grafik 2: Welcher orthodoxen Kirche gehören Sie an? (in %, nach Regionen)

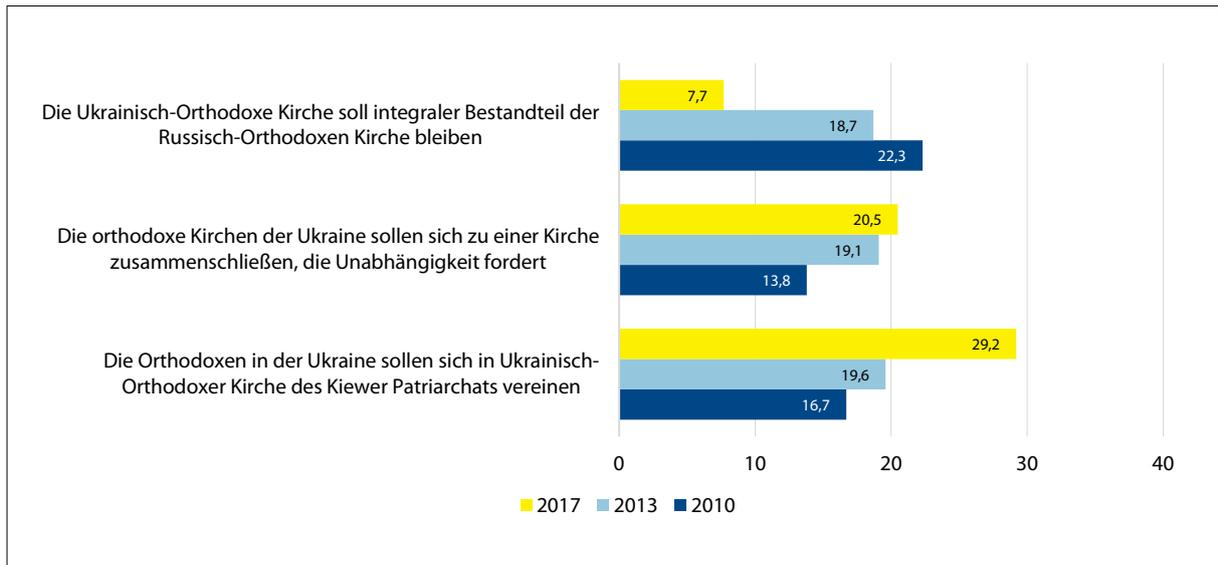


Anmerkung: Hier sind nicht alle Antworten angegeben. Für die Originaldaten siehe Quelle.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums, <http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017_Religiya.pdf>

Aussichten der Orthodoxie in der Ukraine und Gründe für interkirchliche Konflikte

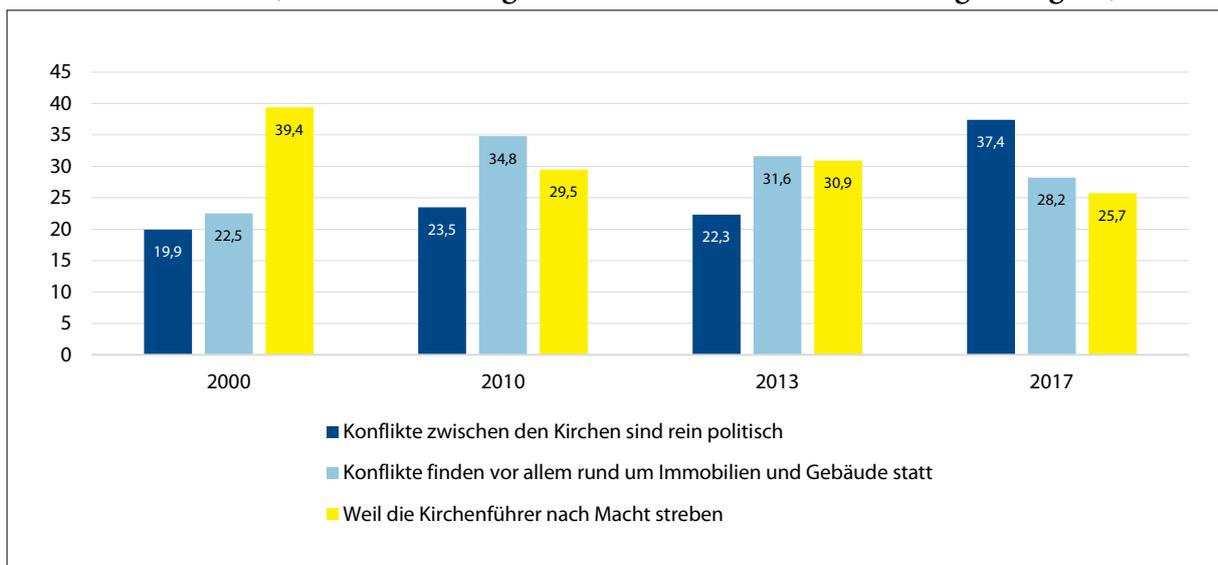
Grafik 1: Welcher der folgenden Aussagen über die Aussichten der Orthodoxie in der Ukraine stimmen Sie am ehesten zu? (in %)



Anmerkung: Hier sind nicht alle Antworten angegeben. Für die Originaldaten siehe Quelle.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkov-Zentrums, <http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017_Religiya.pdf>

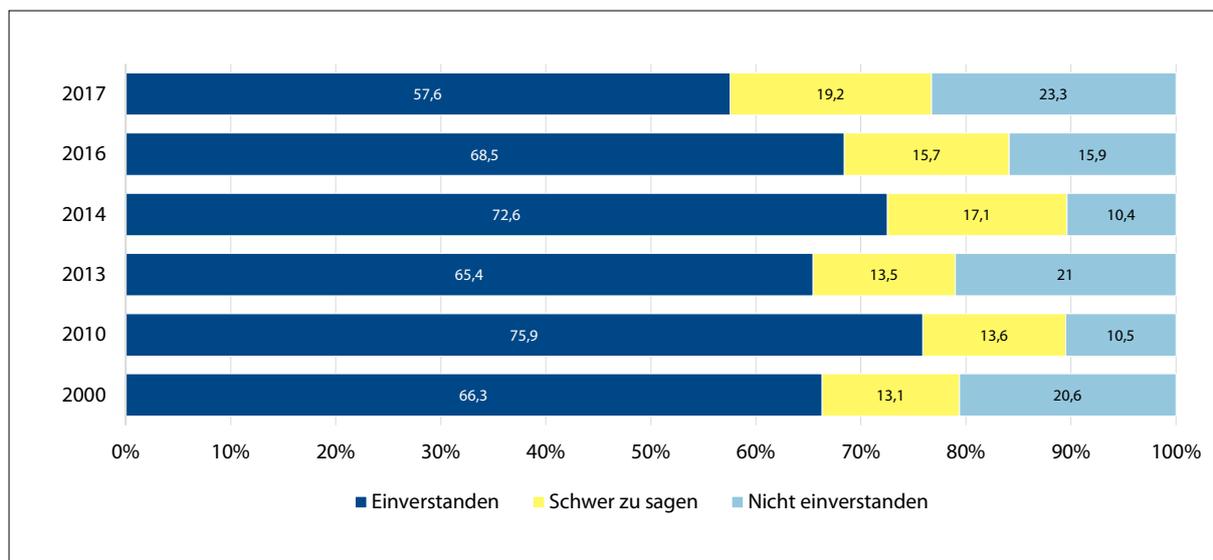
Grafik 2: Warum gibt es in der Ukraine Konflikte zwischen den Gläubigen der verschiedenen Kirchen? (nur die drei häufigsten Antworten; Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkov-Zentrums, <http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017_Religiya.pdf>

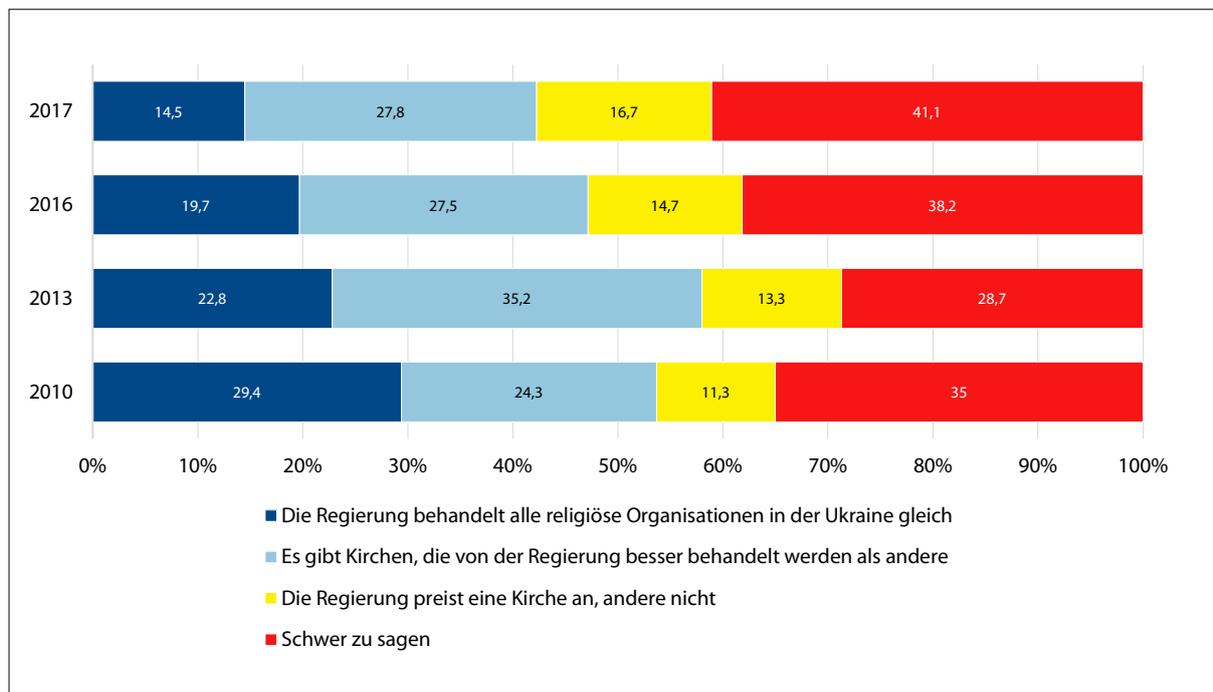
Die Beziehung zwischen Kirche und Staat

Grafik 1: Sind Sie mit folgender Aussage einverstanden: In der Ukraine gibt es Glaubens- und Gewissensfreiheit?



Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums, <http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017_Religiya.pdf>

Grafik 2: Welche der folgenden Aussagen über die Beziehung zwischen Regierung und Kirchen unterstützen Sie am ehesten?

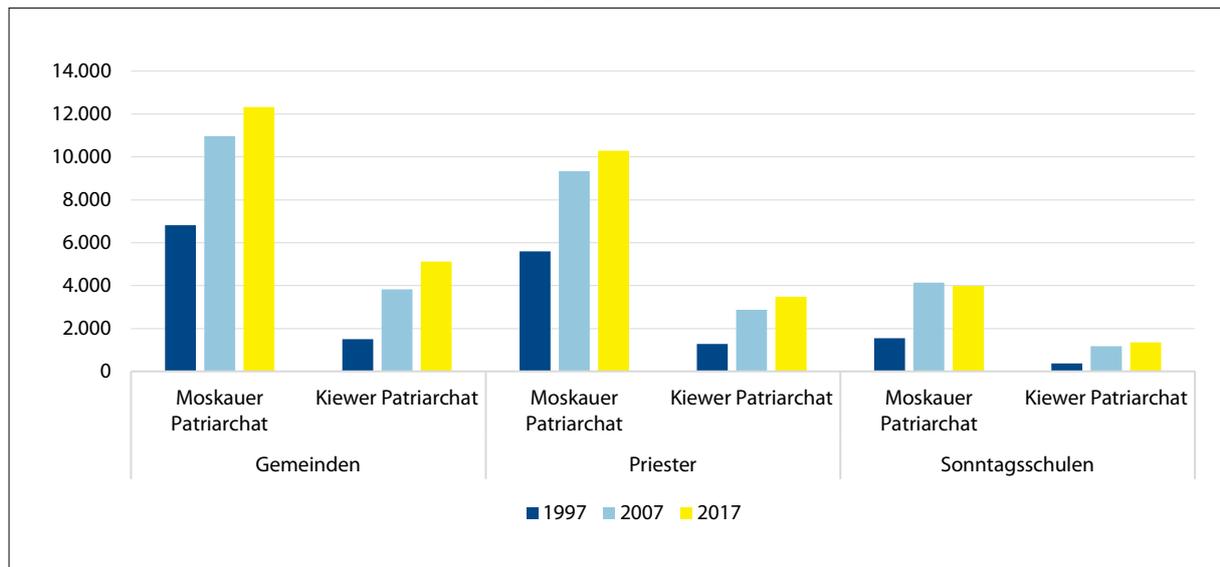


Quelle: Repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums, <http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017_Religiya.pdf>

STATISTIK

Institutionelle Macht der Kirchen: Kiewer versus Moskauer Patriarchat

Grafik 1: Institutionelle Macht der Kirche des Moskauer Patriarchats im Vergleich zur Kirche des Kiewer Patriarchats in den Jahren 1997, 2007 und 2017



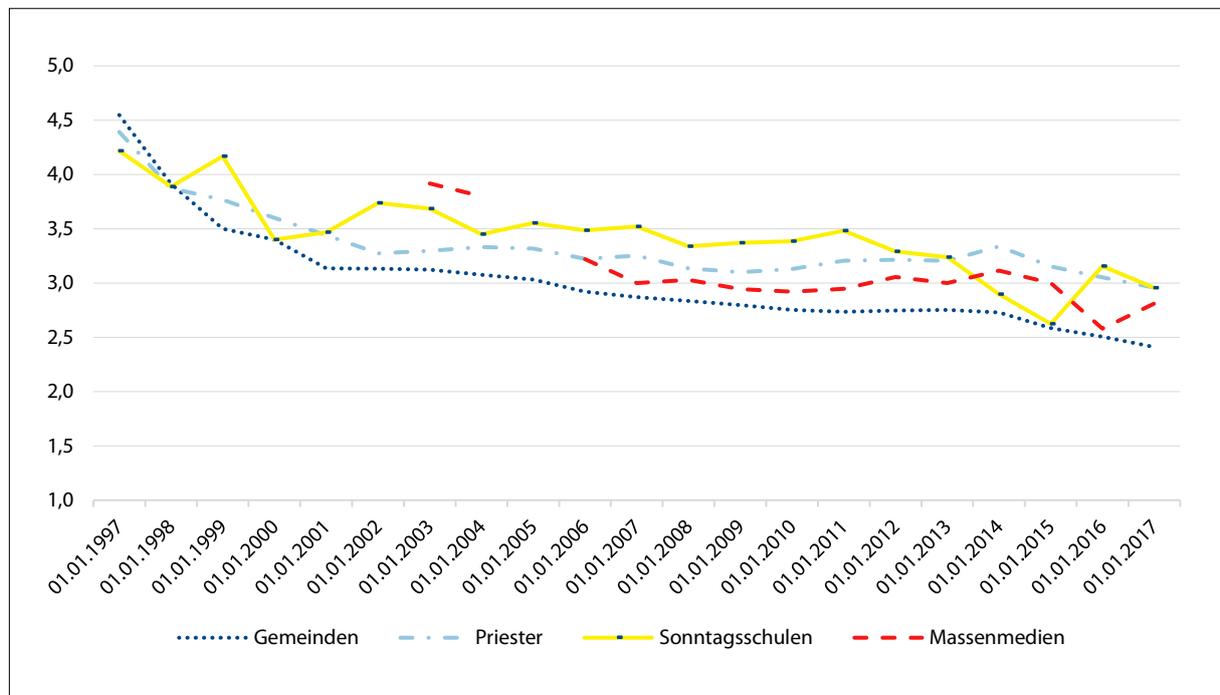
Quelle: Nach Angaben der Abteilung für Religionen und Nationalitäten des Kulturministeriums der Ukraine, <<https://risu.org.ua/ua/index/resourses/statistics/ukr2017/67269/>>

Tabelle 1: Institutionelle Macht der Kirche des Moskauer Patriarchats im Vergleich zur Kirche des Kiewer Patriarchats in den Jahren 1997, 2007 und 2017

		1997	2007	2017
Gemeinden	Moskauer Patriarchat	6.816	10.972	12.328
	Kiewer Patriarchat	1.499	3.824	5.114
Priester	Moskauer Patriarchat	5.590	9.327	10.289
	Kiewer Patriarchat	1.273	2.867	3.479
Sonntagsschulen	Moskauer Patriarchat	1.552	4.133	3.986
	Kiewer Patriarchat	368	1.174	1.349
Massenmedien (davon im Internet)	Moskauer Patriarchat	k.A.	105	135 (36)
	Kiewer Patriarchat	k.A.	35	48 (14)

Quelle: Nach Angaben der Abteilung für Religionen und Nationalitäten des Kulturministeriums der Ukraine, <<https://risu.org.ua/ua/index/resourses/statistics/ukr2017/67269/>>

Grafik 2: Dominanz der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats über die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats



Anmerkung: Die Zahlen zeigen, inwieweit eine Kategorie (z. B. Glaubensgemeinschaften) des Moskauer Patriarchats die gleiche Kategorie des Kiewer Patriarchats übersteigt.

Quelle: Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Abteilung für Religionen und Nationalitäten des Kulturministeriums der Ukraine, <<https://risu.org.ua/ua/index/resources/statistics/ukr2017/67269/>>

DOKUMENTATION

Spannungen zwischen Religionsgemeinschaften in den Jahren 2015–2017

30.01.2015

The SMM visited the church of the Ukrainian Orthodox Church—Moscow Patriarchate in the Desnyanskiy district of Kyiv at the intersection of Saburova and Elektrotekhnichna streets, which was partly burned down during the night of 26–27 January. The SMM observed signs of fresh fire damage, including to the roof, which was severely damaged. The priest said that unidentified person(s) initiated the fire with a burning car tire. The police informed the SMM that an investigation was launched.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/138296>>

24.09.2015

In government-controlled Mariupol (104km south-west of Donetsk), the SMM spoke with the Archbishop of the Ukrainian Orthodox Church—Kyiv Patriarchate (UOC-KP) for Donetsk and Mariupol, who said that a protest had been held on 21 September against the construction of a UOC-KP church in the city. He said that when he had addressed the protesters, some of them had become aggressive, insulted the present priests, and threatened to burn down the church if it was built.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/185676>>

23.12.2015

The SMM continued to follow up on tensions between parishioners of the Ukrainian Orthodox Church—Kyiv Patriarchate and the Ukrainian Orthodox Church in the **village of Ptycha** (148km north-east of Lviv, Rivne region), where on 18 December over 250 people, including 20 young men in military-type fatigues bearing Right Sector insignia had gathered in a church yard; some 50 police officers had been also present. Despite media reports that violent clashes took place at the village church on 18 December, whilst at the scene that day the SMM did not observe significant incidents and an interlocutor from the local police did not confirm the occurrence of any serious clashes or injuries. The SMM has since learned that the situation has calmed down.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/212656>>

05.01.2016

The SMM followed up on alleged tensions in **relations between religious communities**. In Ptycha village (148km north-east of Lviv, Rivne region) the SMM spoke to representatives of the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate, the Ukrainian Orthodox Church as well as the head of the village council, all of whom said that the situation in the village was currently stable. The interlocutors also stated that there were still no religious services at the church and that police officers were present at all times near the church (see [SMM Daily Report 24 December 2015](#)). The SMM also followed up on media reports of issues with land allocation for construction of a Ukrainian Orthodox Church monastery in Ridkivtsi village (14km north-east of Chernivtsi, in Novoselytsia district). The SMM spoke to four representatives of the village council (two men and two women) who said that it was only the local branch of the Svoboda party that had publicly stated it would oppose. The councillors said that the plans were not causing controversy in the village and emphasised that there were no tensions between the three Christian communities represented in the village (Ukrainian Orthodox Church, Greek Catholic Church and an evangelical church).

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/214926>>

10.01.2016

The SMM followed up on **tensions between two religious communities** in Ptycha village (148km north-east of Lviv, Rivne region; latest see: [SMM Daily Report 6 January 2016](#)). On 10 January, a representative of the Ukrainian Orthodox Church told the SMM that on the previous day a bus with approximately 20 pilgrims of the Ukrainian Orthodox Church parked near the church building and started singing religious songs. He said that after that local parishioners of the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate started shaking the bus which ended when police intervened. The interlocutor added that the pilgrims were later beaten up by parishioners of the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate when they held a procession through the village. According to the interlocutor, a woman was submitted to Dubno district hospital. The SMM will follow up on this incident.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/215381>>

11.01.2016

The SMM continued to follow up on **tensions between two religious communities** in Ptycha village (148km north-east of Lviv, Rivne region; latest: see [SMM Daily Report 11 January 2016](#)). The SMM revisited the village and spoke with police officers guarding the Dormition church and the head of the Ptycha village council. Additionally, in Dubno (165km north-east of Lviv, Rivne region), the Mission spoke to representatives of the Dubno district police and the director of the Dubno district hospital. The interlocutors said that on 9 January 30–40 Ukrainian Orthodox Church (UOC) pilgrims had arrived in Ptycha. According to the interlocutors, at 11:00hrs[2] on 9 January, the pilgrims and local UOC parishioners visited the Dormition church and had then held a procession around the village. Local parishioners from the Ukrainian Orthodox Church—Kyiv Patriarchate (UOC-KP) had followed them and verbal confrontations and a scuffle ensued. According to the Dubno police representative, the police had been called around 12:00hrs, after a UOC parishioner (woman, 35 years old) had been hit. According to the director of the Dubno hospital, the victim had been brought to the hospital promptly but was released on 11 January because no serious trauma had been diagnosed. The Dubno police representative told the SMM that it had opened an investigation into charges of ‘minor bodily injury’. Additionally, the SMM was told by the Dubno police representative that one police officer and one local man, both of whom had refused medical assistance, had been injured on 18 December (see [SMM Daily Report 24 December 2015](#)). In relation to that incident, the Rivne regional directorate of the Ministry of Internal Affairs had opened an investigation into charges of hooliganism and resistance to police officers.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/215496>>

14.01.2016

The SMM continued to follow up on **tensions between two religious communities** in Ptycha village (148km north-east of Lviv, Rivne region; latest: see [SMM Daily Report 12 January](#)). On 12 January, in Rivne city (211km north-east of Lviv), representatives of the Rivne regional directorate of the Ministry of Internal Affairs told the SMM that 28 complaints and requests for assistance regarding the confrontation in Ptycha had been submitted to the police since April 2015, including eight criminal cases. The interlocutor added that police officers were presently guarding the church in Ptycha on a 24-hour basis until the tension finally subsides. Later on the same day, the SMM revisited Ptycha, where it observed a calm situation and several police officers inside two police vehicles parked in front of the church.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/216486>>

20.01.2016

The SMM followed up on **media reports about an alleged seizure of a church in Rivne region**. A representative of the Ukrainian Orthodox Church (UOC) told the SMM that on 17 January, members of the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate (UOC-KP) had not allowed UOC members entrance to the church in Krasnosillia (Hoshcha district, Rivne region, 211km north-east of Lviv). A representative of the Krasnosillia village council told the SMM that UOC-KP parishioners had changed the church's lock claiming it had been damaged. The representative of the UOC-KP contacted by the SMM was reluctant to speak and could not provide local contacts details of the UOC-KP representatives. The SMM will follow up on this incident.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/217711>>

12.02.2016

The SMM followed up on **media reports about bomb threats** in Rivne region (180km north-east of Lviv) and spoke to a representative of the regional police who confirmed bomb threats had been made against the Orthodox Holy Resurrection Cathedral and two against the Seminary of the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate. According to him, all sites had been searched and no explosives had been found.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/222181>>

28.02.2016

Following up on media reports that **premises of the Ukrainian Orthodox Church (UOC) had been set on fire** on the night of 21–22 February in Mykolaiv (36km south of Lviv), on 27 February the SMM visited the location. It saw burnt interior walls of the central church and partially burnt interior and exterior walls of another building. The SMM also observed that parishioners and residents (all men aged in 30–40) were conducting repair works to the interior walls of the central building. The residents, who were repairing, told the SMM that five or six bottles containing flammable liquid had been found next to the church door.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/225061>>

05.04.2016

In **Ptycha** (148km north-east of Lviv), the SMM followed up on media reports about a roadblock that took place on 30 March, when members of the Ukrainian Orthodox Church of the Kyiv Patriarchate (UOC-KP) blocked the road E40 (Kyiv–Chop) for several hours demanding the police to obstruct Ukrainian Orthodox Church (UOC) members from entering the village church (see [SMM Daily Report 15 January](#)). Meanwhile, parishioners of UOC-KP had announced that they would again block the road on 5 April, but the SMM did not see a roadblock. In front of the church the SMM saw two police cars and six police officers. In the area of the church the SMM noted a calm situation and saw 20 elderly women divided in two groups (according to a police officer, 15 persons were parishioners of UOC, while five were parishioners of UOC-KP). The head of the village council, confirming to the SMM the roadblock on 30 March, added that around five parishioners of UOC were inside the church at all the times.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/231601>>

28.07.2016

In Kyiv, the SMM monitored the religious procession organized by the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate. In the morning, the SMM saw some 2,000 people (predominantly middle-aged women) gather around the St. Volodymyr's Cathedral and assessed that over 1,500 people were inside. The access to the cathedral grounds was controlled by police and National Guard officers operating metal detectors and searching those who were entering.

Around mid-day, some 800 clerics exited the cathedral and led the procession of some 14,000 people along the Shevchenko Boulevard. The procession reached the Saint Volodymyr Hill (*Volodymyrska Hirka*) where a religious service was held. The SMM noted that Maidan self-defence activists—with insignia of the 10th *Maidan sotnia*—were assisting the police. The Ukrainian Red Cross was providing medical assistance to procession participants in the vicinity of the St. Volodymyr's Cathedral. The SMM observed them assisting one elderly female who fainted and several other people who felt unwell, including a priest. The SMM estimated that there were in total approximately 1,800 uniformed personnel (police and National Guard) securing the events. Throughout the day and all along the route, the SMM noted a calm situation and all events passed off peacefully. Earlier that day, the SMM monitored a religious ceremony at the Pechersk Lavra monastery for participants of the religious procession organized by the Ukrainian Orthodox Church (see SMM Daily Report, 27 July 2016) with about 200 participants (clergy and believers). The ceremony marked the closure of the religious procession. The SMM noted the presence of about 40 police officers at the entrance of the monastery.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/257106>>

26.07.2016

In Kyiv, the SMM monitored a **religious procession** organized by the Ukrainian Orthodox Church of the Moscow Patriarchate, which had started on 3 July in Sviatohirsk monastery (660km east of Kyiv). A “Western Procession” (approximately 600 people, predominantly women and children) was temporarily blocked in the village of Dmytrivka (28km west of Kyiv) by National Police and the National Guard, citing security reasons (bomb alert). While in Dmytrivka, the SMM heard a distant explosion at 13:30. The co-ordinator of the procession told the SMM that two explosive devices had been found and one was neutralized by the police. The SMM also monitored an “Eastern Procession” (approximately 400 people, predominantly women and children), which had started on 9 July at the Pochaiv monastery (400km west of Kyiv). This group was escorted by 150–200 police officers as it proceeded towards Darnytski district, where the group reportedly planned to stay overnight. As the procession approached Boryspil (32km east of Kyiv), the SMM observed about 150 anti-procession demonstrators (men and women), holding Ukrainian and “Organization of Ukrainian Nationalists” flags, some of them yelling and throwing eggs, coins, and plastic bottles at the procession participants. The processions are due to arrive in Kyiv on 27 July.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/256621>>

17.01.2017

The SMM followed up on media reports that **petrol bombs were thrown at a Ukrainian Orthodox Church (UOC) building in Kyiv**. On Shchusieva Street the SMM saw scorch marks on the wooden façade of the church and on a window. A broken bottle and pieces of burnt cloth that smelt of petrol were nearby. A woman working at the church told the SMM that masked persons had thrown petrol bombs at the building at around 04:00 on the morning of 16 January.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/294606>>

17.05.2017

The SMM followed up on alleged **incidents affecting religious communities**. On 17 May in Kharkiv, the SMM spoke with representatives of the Ukrainian Orthodox Church of Kyiv Patriarchate (UOC-KP) who said that during the day, three men had entered the churchyard and slashed car tyres. In the yard of the church, the SMM saw two vehicles with punctured tyres and scratches on their rear windshields. The SMM also spoke with the police in Kharkiv who confirmed that the incident had been reported.

The SMM also followed up on an alleged takeover of a church building of the Ukrainian Orthodox Church (UOC) by the UOC-KP in Kynakhivtsi village (125km north-east of Ivano-Frankivsk). The police in Ternopil informed the SMM that on 15 May, followers of the UOC-KP had forced open the back door of the church in Kynakhivtsi, entered it and conducted a religious service. The police also said that there had been altercations between a priest of the UOC-KP and a priest of the UOC, as well as among several dozen followers from the two religious communities. The police told the SMM that the church building is now under the control of UOC-KP and that there was no permanent police presence in the village. The SMM heard the same reports separately from representatives of the Ternopil Eparchy of UOC, the Ternopil Eparchy of UOC-KP, and the Department of Internal Politics, Religions and Nationalities in Ternopil.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/318166>>

18.05.2017

The SMM monitored **peaceful gatherings in Kyiv and Kherson**. On 18 May in Kyiv the SMM monitored a gathering near the national Parliament building of some 2,500 people (of mixed ages and gender, including clergy), organized by the Ukrainian Orthodox Church. Participants were protesting against two draft laws on the status of religious communities and religious organizations pending in Parliament. The SMM saw about 300 National Police and National Guard officers present, as well as 21 police and National Guard buses and three camouflage-coloured National Guard trucks parked nearby. The gathering took place peacefully.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/318451>>

04.06.2017

On 4 June, the SMM monitored the march of six UGCC priests and about 25 laypeople (both men and women, mostly elderly) at 12:30 from the centre of Kolomyia (51km south-east of Ivano-Frankivsk) to a small wooden church where about 30 Right Sector members and about 20 “Black 100” members, all wearing T-shirts with organization names and emblems, joined them. Seven police officers accompanied the march, and over 20 more subsequently arrived at the site over the next few hours. The UGCC priests conducted a service outside the church, while a Ukrainian Orthodox Church (UOC) mass took place inside, which was broadcast over a loud speaker in the church courtyard. Afterward, the priests entered the church, with a small group of laypeople, and conducted another service, also broadcast by loud speaker into the courtyard. Members of both communities remained within the church, chanting and praying. Aside from a brief period of shouting outside the church, the SMM did not observe any incidents between the communities. At around 17:00, about 20 Right Sector members attempted to enter the church but were stopped by police, who had lined up in two rows in front of the church. The deputy head of the Kolomyia city police and a UOC representative told the SMM that the church was sealed at 20:00 by police and that members of both church communities as well as Right Sector and “Black 100” had all left the premises.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/321551>>

Stand der DCFTA-Implementierung nach einem Jahr

Von Veronika Movchan, Kiew, und Ricardo Giucci, Berlin

Zusammenfassung:

Im Januar 2016 trat die vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) zwischen der EU und der Ukraine vorläufig in Kraft. Wir wollen die Umsetzung des Abkommens nach dem ersten Jahr einschätzen. Dabei konzentrieren wir uns auf die sieben Bereiche Marktzugang, Produktsicherheit, Lebensmittelsicherheit, Zoll, öffentliche Ausschreibungen, Schutz des geistigen Eigentums und Wettbewerbspolitik.

Vorgeschichte des DCFTA

Die vorläufige Anwendung des DCFTA (als Teil des Assoziierungsabkommens) sollte wie in Moldau und Georgien im Herbst 2014 beginnen. Der Termin wurde jedoch aufgrund der trilateralen Konsultationen zwischen der EU, der Ukraine und Russland auf Januar 2016 verschoben. Die vorläufige Anwendung gilt bis zur unmittelbar anstehenden Ratifizierung des Assoziierungsabkommens. Am 1. September 2017 soll das Vertragswerk permanent in Kraft treten.

Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Fortschritte bei der Implementierung in sieben Bereichen des Abkommens, die für den Warenhandel besonders relevant sind.

Marktzugang

Die Ukraine begann im Januar 2016 wie verabredet mit der schrittweisen Absenkung ihrer Import- und Exportzölle. Im ersten Jahr gingen die Einfuhrzölle gegenüber der EU von 4,5 auf 1,7 Prozent zurück. Allerdings gab es bereits zwei Verstöße gegen die Vereinbarungen.

2015 wurde ein zehnjähriges Exportverbot für Rundhölzer verhängt, wodurch einheimische Holzverarbeitungsunternehmen auf unfaire Weise Wettbewerbsvorteile erhalten. Eine Revision dieses Verbots wurde zur Bedingung für weitere Finanzhilfen der EU gemacht. Außerdem wurde im September 2016 ein Gesetz zur zeitweisen Anhebung der Exportzölle auf Eisenschrott beschlossen.

Produktsicherheit

Um nichttarifäre Handelshemmnisse gegenüber der EU abzubauen, hat sich die Ukraine verpflichtet, ihre Gesetze und Abläufe bezüglich der Sicherheit von Lebensmitteln und Industrieprodukten denen der EU anzugleichen.

Angesichts der Komplexität dieser Aufgabe wurden bisher überraschend schnelle Fortschritte erreicht. Im Bereich der Produktsicherheit hat die Ukraine ihre horizontale Rechtsprechung bereits vor 2016 mit den EU-Acquis harmonisiert. Acht von 27 technischen Vorschriften wurden denen der EU angeglichen. Weitere 16 wurden bereits beschlossen, müssen aber noch auf den aktuellsten Stand der EU-Vorschriften gebracht werden.

Heute entsprechen bereits 60 Prozent der ukrainischen Standards internationalen Richtlinien.

Institutionell wurde der Sektor durch die Etablierung der Staatlichen Agentur für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (SPSA) als hauptverantwortliche Institution im Bereich der Marktaufsicht sowie der unabhängigen Nationalen Standardisierungsbehörde gestärkt.

Die Ukraine hat bei der EU bereits eine Einschätzung des Harmonisierungsprozesses angefragt, um sich bei den Verhandlungen über das Abkommen zur Konformitätsbewertung und Anerkennung der Industrieprodukte auf diese zu stützen.

Lebensmittelsicherheit

2016 wurde wie verabredet die Umfassende Strategie zur Harmonisierung der Gesetzgebung bzgl. sanitärer und phytosanitärer Normen (SPS) beschlossen. Die Strategie hat mit dem Vorhaben, bis 2020 ganze 225 Vorschriften und Richtlinien mit denen der EU zu harmonisieren, ein sehr anspruchsvolles Ziel. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert durchdachte Priorisierung, vor allem angesichts der Geschwindigkeit, mit der Gesetzentwürfe im SPS-Bereich vom Parlament angenommen werden.

Parallel zur rechtlichen Harmonisierung, die auf die einheitliche Regulierung der Lebensmittelsicherheit auf den Märkten der EU und der Ukraine abzielt, arbeiten die Regierung und private Unternehmen gemeinsam an der Überprüfung von Zulieferketten für tierische Produkte, die noch schwer in die EU zu exportieren sind. Für die meisten tierischen Produkte, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, einschließlich Fisch und Fischprodukte, Geflügel, Eier, Rohmilch und Milchprodukte, verfügen zahlreiche ukrainische Firmen bereits über eine Exporterlaubnis.

Zoll

Der grenzüberschreitende Transport von Waren ist in der Ukraine weiterhin relativ teuer, wodurch die potenziellen Vorteile der graduellen Absenkung von Importzöllen abgeschwächt werden.

Im August 2016 führte die Regierung für den Zoll die sogenannten »Single Windows« sowie das Prinzip des stillschweigenden Einverständnisses ein, um den Han-

del zu erleichtern. Aufgrund mangelnder Koordination innerhalb der Regierung und widersprüchlicher Gesetze sind diese Veränderungen jedoch nur zum Teil erfolgreich.

Der Beitritt zu zwei Transitabkommen sowie zum Neuen Computerisierten Transitsystem (NCTS) wurde verschoben, wodurch sich die Eingliederung der Ukraine in das einheitliche Transitsystem der EU verzögert.

Wettbewerb und Schutz geistigen Eigentums

Die Politik in den Bereichen Wettbewerb und Schutz geistigen Eigentums ist ähnlich problembehaftet. Die Rechtsprechung ist zwar in den beiden Bereichen noch nicht vollständig angeglichen, entspricht aber bereits größtenteils internationaler »best practice«.

Mangelhaft ist eher ihre effektive Anwendung, die unter anderem eine Stärkung der Institutionen in den beiden Sektoren erfordert. Die vor kurzem gestiegene Transparenz in den Entscheidungsprozessen der Antimonopolbehörde und die vereinfachten Prozeduren stellen für die Ukraine in Sachen Wettbewerbspolitik einen Erfolg dar. Im Bereich des Schutzes geistigen Eigentums wurde auf Grundlage der beschlossenen Roadmap mit einer umfassenden institutionellen Reform begonnen.

Bisher haben diese Veränderungen allerdings weder zu einer geringeren Monopolisierung der Wirtschaft noch zur Streichung des Landes von der »Priority Watch List« der USA für Piraterie geführt.

Öffentliches Ausschreibungswesen

Die Verabschiedung des neuen Gesetzes zum öffentlichen Ausschreibungswesen und die Roadmap für weitere Reformen sind wegbereitend für die Implementierung der ersten Phase der gegenseitigen Öffnung des Marktes für öffentliche Ausschreibungen zwischen der EU und der Ukraine.

Die Etablierung eines obligatorischen Onlineausschreibungssystems für Einkäufe, die eine bestimmte Grenze überschreiten, war ein weiterer wichtiger Schritt, durch den öffentliche Ausgaben effizienter und transparenter geworden sind.

Große Herausforderungen bleiben jedoch bestehen. Einige Firmen haben von Schikanen durch staatliche Institutionen berichtet, nachdem sie staatliche Ausschreibungen gewonnen hatten. Sollten sich solche Vorkommnisse häufen, können sie die Vorteile des transparenten und kompetitiven Ausschreibungssystems zunichtemachen. Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit ist daher von größter Wichtigkeit für das Land.

Zusammenfassung

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Implementierung des DCFTA in sieben Bereichen. Grundsätzlich macht die Ukraine bei der Umsetzung des Abkommens gute Fortschritte und liegt größtenteils im Zeitplan. Die größte Erfolgsgeschichte ist die des öffentlichen Ausschreibungswesens, wo neue Gesetze und Verfahren Voraussetzungen für die gegenseitige Öffnung der Märkte für öffentliche Ausschreibungen zwischen der Ukraine und der EU geschaffen haben.

Die beiden schwerwiegendsten Verstöße gegen das Abkommen gibt es beim Marktzugang: Die Exportzölle für Eisenschrott wurden angehoben und ein zehnjähriges Exportverbot von Rundhölzern beschlossen, wodurch einheimische Holzverarbeitungsfirmen auf unzulässige Weise Wettbewerbsvorteile erhalten.

In den Bereichen des Schutzes geistigen Eigentums und der Wettbewerbspolitik entsprechen die Gesetze bereits größtenteils internationalen Standards. In der Praxis bestehen jedoch zahlreiche Implementierungsschwächen, die behoben werden sollten.

Über die Autoren:

Dr. *Ricardo Giucci* ist Geschäftsführer bei Berlin Economics. Die Wirtschaftsberatungsfirma führt das Projekt Deutsche Beratergruppe Ukraine durch, welches die ukrainische Regierung bei wirtschaftspolitischen Reformprozessen unterstützt und durch das BMWi finanziert wird.

Veronika Movchan ist wissenschaftliche Direktorin am Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER) in Kiew. Sie hat die Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie absolviert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Handelspolitik und Folgenabschätzung der DCFTA mit der EU.

Dieser Text ist zuerst als Newsletter (Nr. 103 vom Mai 2017) der Deutschen Beratergruppe Ukraine erschienen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Lesetipp:

Movchan, Veronika; Giucci, Ricardo: "DCFTA implementation in Ukraine: Progress achieved and challenges ahead", Policy Paper Series [PP/04/2016]: German Advisory Group/Institute for Economic Research and Policy Consulting, Berlin/Kyiv, November 2016, <http://www.beratergruppe-ukraine.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/12/PP_04_2016_en.pdf>

TABELLE ZUM TEXT

Überblick über die Implementierung des DCFTA in sieben Bereichen

Tabelle 1: Überblick über die Implementierung des DCFTA in sieben Bereichen

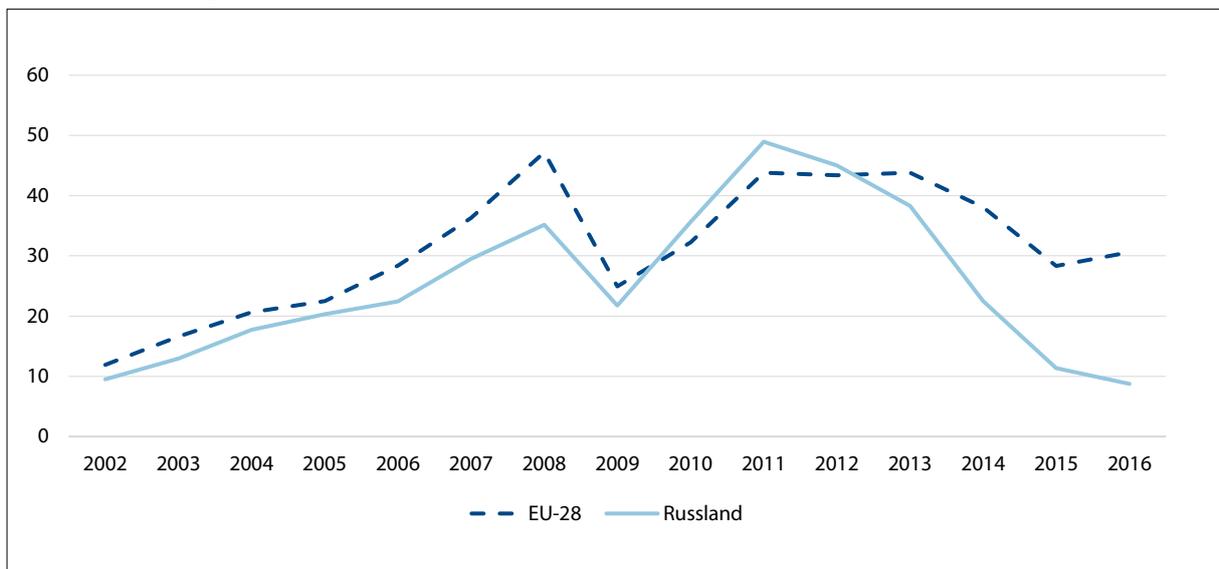
Politikbereich	Status
Marktzugang	Im Zeitplan, aber DCFTA verletzende Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden
Sicherheit Industrieprodukte	Vorzeitig, Herausforderung der Beibehaltung des Reformtempos
Lebensmittelsicherheit	Im Zeitplan, Priorisierungsbedarf
Zollabfertigung	Verzögerte Erfüllung der Vereinbarungen im Transitbereich
Öffentliche Ausschreibungen	Im Zeitplan, Rechtsstaatlichkeit nötig, um erzielte Erfolge zu sichern
Schutz geistigen Eigentums	Im Zeitplan, Fokus auf Implementierung nötig
Wettbewerbspolitik	Im Zeitplan, Fokus auf Implementierung nötig

Quelle: Zusammengestellt von Veronika Movchan und Dr. Ricardo Giucci.

STATISTIK

Außenhandel der Ukraine mit der EU-28 und Russland im Vergleich

Grafik 1: Außenhandelsumsatz der Ukraine mit der EU-28 und Russland in den Jahren 2002–2016, in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: seit 2014 Angaben ohne Krim und die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass

Quelle: Staatliches Statistikaamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

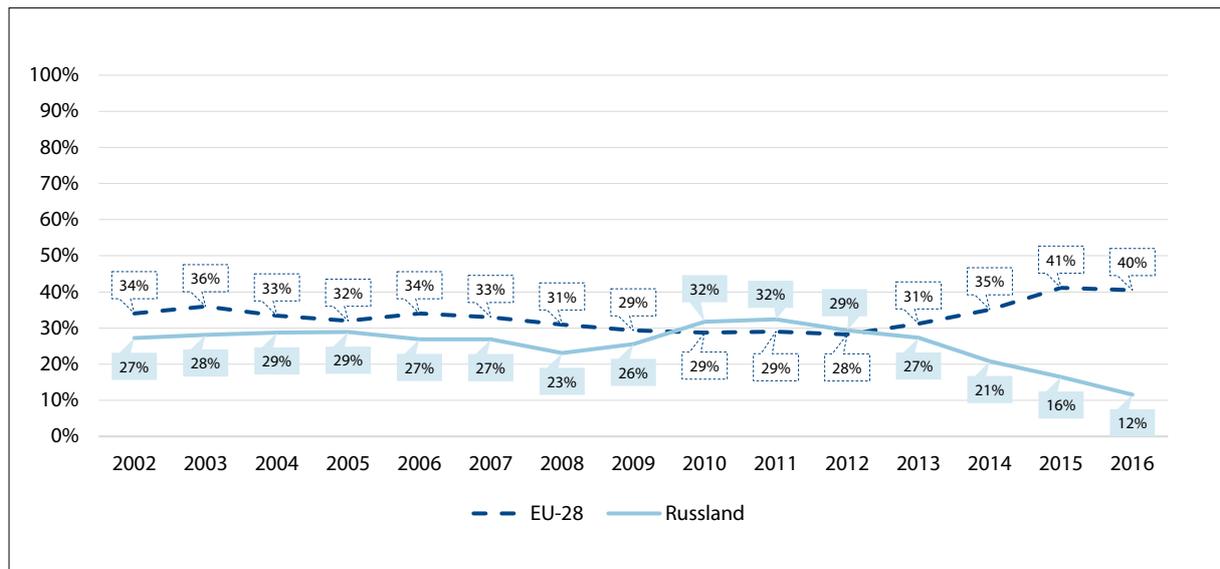
Tabelle 1: Außenhandelsumsatz der Ukraine mit der EU-28 und Russland in den Jahren 2002–2016, in Mrd. US-Dollar

	EU-28	Russland	Gesamter Außenhandelsumsatz der Ukraine
2002	11,9	9,5	34,9
2003	16,6	13,0	46,1
2004	20,6	17,7	61,7
2005	22,5	20,3	70,4
2006	28,4	22,4	83,4
2007	36,3	29,5	109,9
2008	47,2	35,1	152,5
2009	25,0	21,7	85,1
2010	32,2	35,6	112,1
2011	43,8	49,0	151,0
2012	43,4	45,1	153,5
2013	43,8	38,3	140,3
2014	38,1	22,5	108,3
2015	28,3	11,3	68,8
2016	30,6	8,7	75,6

Anmerkung: seit 2014 Angaben ohne Krim und die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass

Quelle: Staatliches Statistikanamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

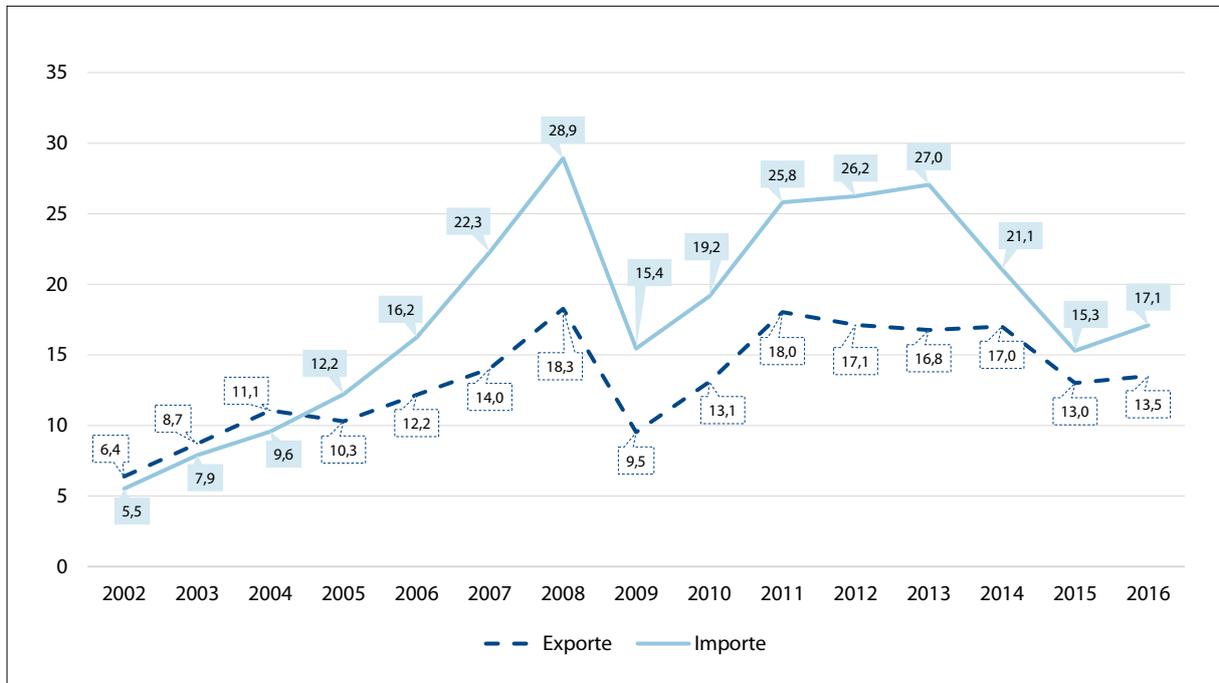
Grafik 2: Außenhandelsumsatz der Ukraine mit der EU-28 und Russland in den Jahren 2002–2016 (in %)



Anmerkung: seit 2014 Angaben ohne Krim und die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass

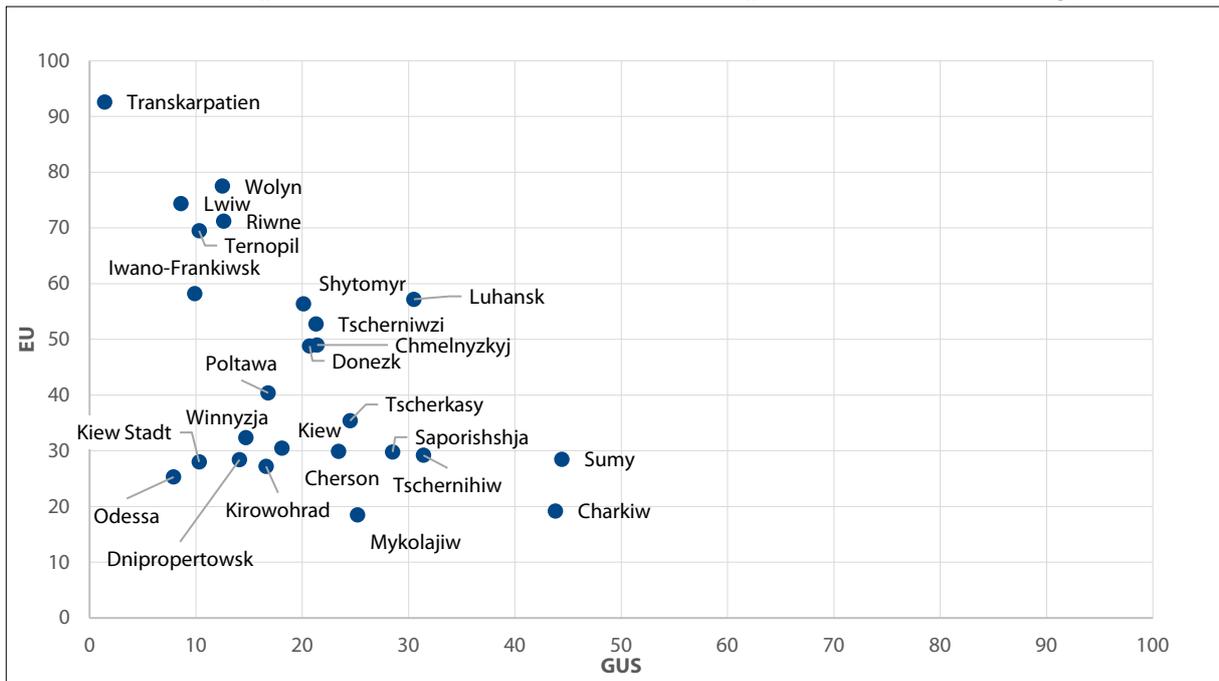
Quelle: Staatliches Statistikanamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 3: Güterhandel der Ukraine mit der EU-28 in den Jahren 2002–2016, in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: seit 2014 Angaben ohne Krim und die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten im Donbass
 Quelle: Staatliches Statistikanamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 4: Warenexporte nach den GUS-Staaten und Europa im Jahr 2016 nach Regionen (in %)



Quelle: Staatliches Statistikanamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

**Tabelle 2: Warenexporte nach den GUS-Staaten und Europa im Jahr 2016 nach Regionen
(in %)**

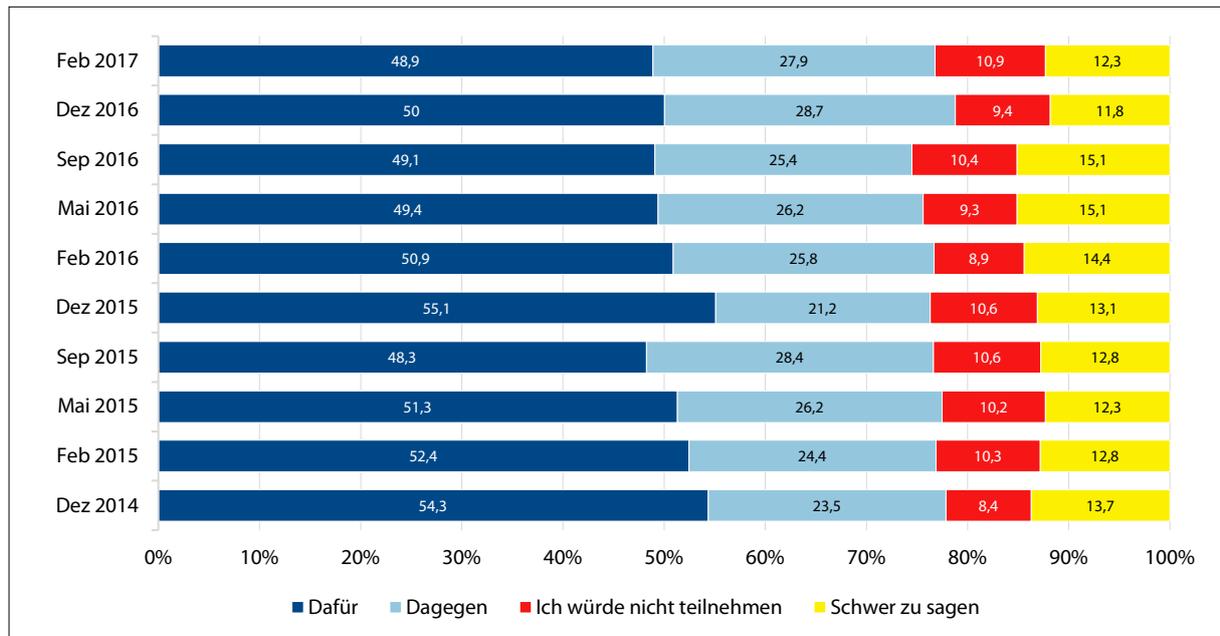
Region	GUS	EU
Dnipropertowsk	14,1	28,4
Donezk	20,7	48,8
Saporishshja	28,5	29,8
Luhansk	30,5	57,2
Charkiw	43,8	19,2
Mykolajiw	25,2	18,5
Odessa	7,9	25,3
Cherson	23,4	29,9
Winnyzja	14,7	32,4
Wolyn	12,5	77,5
Transkarpatien	1,4	92,6
Iwano-Frankiwsk	9,9	58,2
Lwiw	8,6	74,4
Riwne	12,6	71,2
Ternopil	10,3	69,5
Tscherniwzi	21,3	52,8
Shtomyr	20,1	56,4
Kiew	18,1	30,5
Kirowohrad	16,6	27,2
Poltawa	16,8	40,4
Sumy	44,4	28,5
Chmelnyzkyj	21,4	49
Tscherkasy	24,5	35,4
Tschernihiw	31,4	29,2
Kiew Stadt	10,3	28

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen.

UMFRAGE

Unterstützung des EU- und des NATO-Beitritts in aktuellen Umfragen

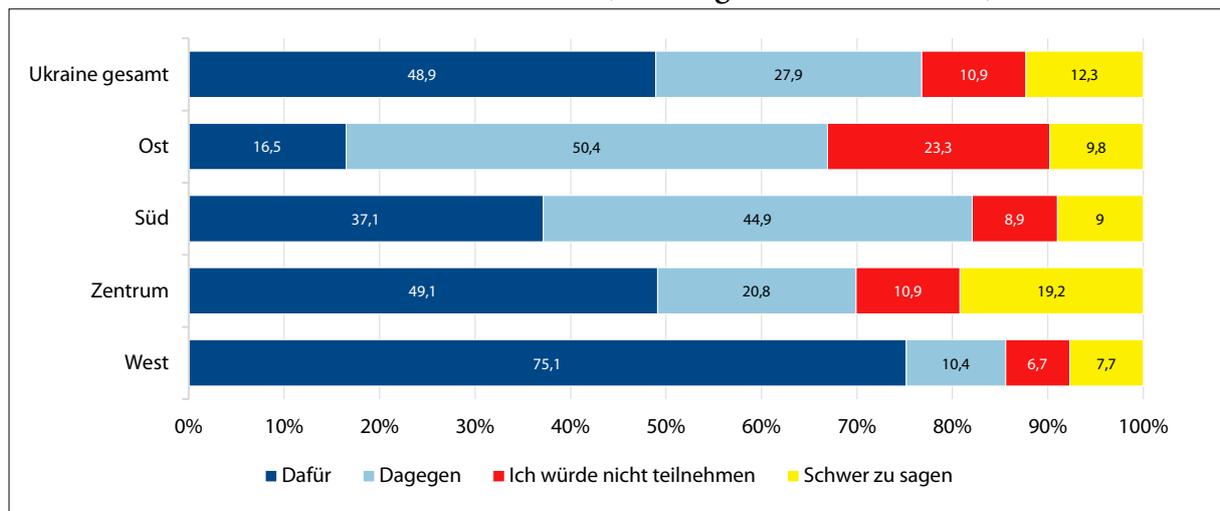
Grafik 1: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den EU-Beitritt der Ukraine stattfände, wie würden Sie abstimmen?



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=689&page=1>>

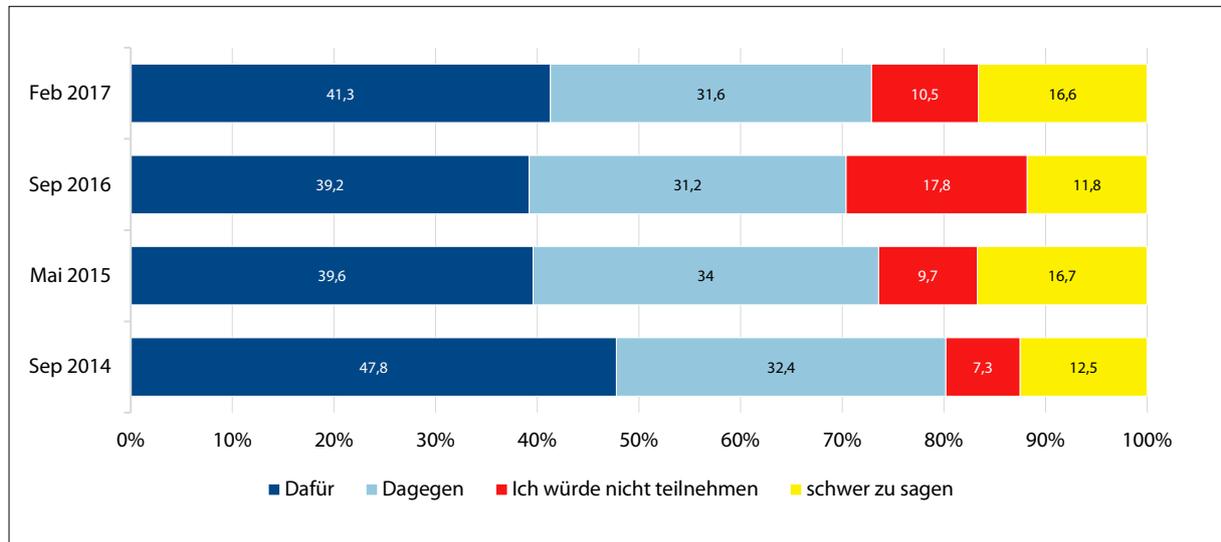
Grafik 2: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den EU-Beitritt der Ukraine stattfände, wie würden Sie abstimmen? (nach Regionen; Februar 2017)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 10. bis 19. Februar 2017, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=689&page=1>>

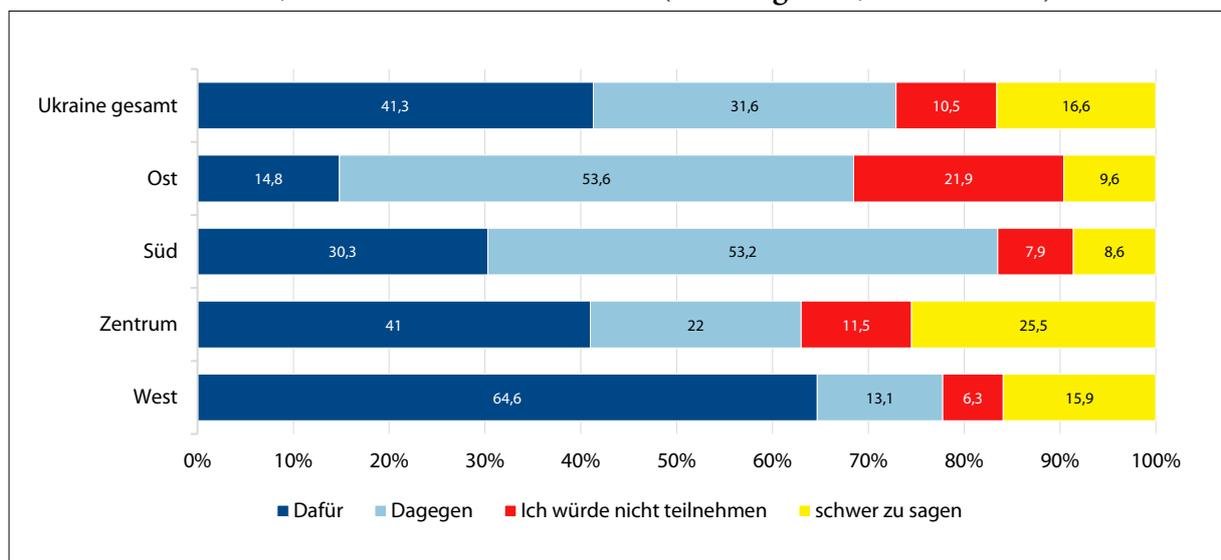
Grafik 3: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO stattfände, wie würden Sie abstimmen?



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS), <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=689&page=1>>

Grafik 4: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO stattfände, wie würden Sie abstimmen? (nach Regionen; Februar 2017)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 10. bis 19. Februar 2017, <<http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=689&page=1>>

Reaktionen auf die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens durch die Niederlande

Lesetipps:

- Julia Langbein: »Nach dem niederländischen Nein: Wie geht es weiter mit dem EU-Ukraine Assoziierungsabkommen?«, *Ukraine-Analysen* 167, 27.04.2016, S. 8–9.
- Sijbren de Jong: »Die Folgen des niederländischen Neins«, *Ukraine-Analysen* 167, 27.04.2016, S. 10–11.

Europäische Kommission

Statement by Jean-Claude Juncker, President of the European Commission, on the vote in the Dutch Senate on the ratification of the Association Agreement between the European Union and Ukraine

Brussels, 30 May 2017

Today's vote in the Dutch Senate sends an important signal from the Netherlands and the entire European Union to our Ukrainian friends: Ukraine's place is in Europe. Ukraine's future lies with Europe.

I would like to thank the Dutch government and the leadership of other parties for their efforts in bringing this process to a positive conclusion. We are nearly there. Our Association Agreement, including the Deep and Comprehensive Free Trade Area component, is now one step closer to being ratified. I would like to see the process now being finalised swiftly, in time for the EU-Ukraine Summit in July.

The European Union is fully committed to our partnership with the Ukrainian people, which has developed into one of our closest and most valued. The Association Agreement has already increased trade between us, has brought increased prosperity for entrepreneurs, has helped to initiate and consolidate a number of reforms in Ukraine, and has brought new opportunities to European Union and Ukrainian citizens alike. Let us harness the positive momentum generated by today's vote to further strengthen our partnership.

Background

In 2014 the European Union and Ukraine signed an Association Agreement, marking a new state in the development of EU-Ukraine relations. The Association Agreement will enter into force once all parties to the Agreement have ratified it.

On 15 December 2016, the EU Heads of State and Government agreed on a legally binding decision setting out their common understanding of certain aspects of the Association Agreement with Ukraine: clarifying that the agreement does not confer European Union membership perspective, or offer collective security guarantees or military aid/assistance to Ukraine or give Ukrainian nationals access to the labour markets of EU Member States, that it does not commit Member States to financial assistance to Ukraine and underlining that the fight against corruption is an essential element of the Agreement.

On 16 December, the Dutch Government adopted a draft law confirming the ratification of the Association Agreement by the Netherlands.

On 23 February, the draft law received support from the **lower house**. On 23 May, the **Senate** held a debate with a majority being in favour of the ratification. Today's vote in the Senate follows this debate.

Next Steps

The Netherlands shall finalise its ratification process according to their national provisions. They include the signature of the law by the King, its publication in the Official Journal of the Netherlands and the deposit of their instrument of ratification to the General Secretariat of the Council.

After this, the EU side will need to finalise procedures for the conclusion of the Agreement and deposit its instruments of ratification. The Agreement will enter into force the first day of the second month following the date of deposit of the last instrument of ratification or approval.

Quelle: <http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-17-1461_en.htm>

Ukraine

President comments on the decision by the Dutch Senate to ratify the Ukraine-EU Association Agreement (30.05.2017)

Fellow Ukrainians!

Senate of the Kingdom of the Netherlands, the upper house of the Parliament, has just adopted the decision to ratify the Ukraine-EU Association Agreement.

This path turned out to be long and much harder than we had imagined at the beginning of this process. Why so? Kremlin, contaminated by chronic anti-Ukrainian sentiment, has been hindering every our step. It has used all the available resources: money, propaganda, lies, mischief-making, intelligence structures and groups of influence. Anti-European populist forces inside the European Union have been playing along using the existent bureaucratic hooks and making up new ones. All this had a single purpose—prevent ratification of the Agreement, bury it and, thus, terminate Ukraine's heading on reunification with our European family.

It is truly a reunification, for historically we have been a part of it... By the way, since the days of Ukrainian Prince Yaroslav the Wise and his daughter Anna Yaroslavna, whom Putin yesterday tried to steal to Russian history in front of the whole Europe.

You all know that the process of ratification has been delayed in the Netherlands on the very homestretch. Our historic agreement faced a real threat. Until the last moment, the entire diplomatic team of the country struggled for the stars on the European sky to be favorable for Ukraine. Our European partners supported and assisted us in this issue.

I am sincerely grateful to my friend Prime Minister Mark Rutte, the Government of the Netherlands, the States General and Senate for their support. On behalf of the Ukrainian nation, I am grateful to the Dutch citizens most of whom have not supported the anti-European party during the recent elections delegating the authority to the responsible pro-European forces instead.

After the election in Austria, the Netherlands, France, completion of the ratification of the Association Agreement with Ukraine has cemented positive trends towards consolidation of pro-European forces that had certain problems because of the Dutch referendum and Brexit.

We have gained an important victory together. We have defended the Association Agreement, the path to which had been paved three years ago by the participants of Euromaidan and Revolution of Dignity.

The first year of temporary application of the Agreement demonstrated its high potential for Ukraine. Our export to the EU countries increased by almost a quarter (by 24.5%). Ukraine is gradually integrating into the European policy in many spheres.

Entry into force of the Association Agreement, free trade area and visa-free regime with the EU that will start in exactly 10 days are crucially important on our way to the United Europe.

We are strongly committed to reach our strategic goal. This is the guarantee of our freedom, independence and territorial integrity. Europe is our civilizational choice.

The Netherlands will soon convey the instrument of ratification to Brussels. Then, with its special decision, the Council of the EU will launch the implementation of the Association Agreement with the EU at full capacity.

Glory to Europe!

Glory to Ukraine!

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/komentar-prezidenta-shodo-rishennya-senatu-niderlandiv-pro-r-41650>>

Russland

Reply by Foreign Ministry Spokesperson Maria Zakharova to a media question on the ratification of the Ukraine-EU Association Agreement by the Dutch Parliament (30.05.2017)

Question: What could you say about the end of the saga on the ratification of the Ukraine-EU Association Agreement by the Dutch Parliament and its future entry in force?

Maria Zakharova: You know that we do not interfere in relations between third countries. Right after the start of the temporary application of the Ukraine-EU Association Agreement, the Russian leadership took adequate and, for that time, exhaustive measures to protect the internal market, which is a priority for us. Importantly, to preserve Russian-Ukrainian trade and economic ties we suggested resolving, in a legally binding way, Russia's concerns over the introduction of the norms and rules of the deep and comprehensive EU-Ukraine free trade area. The fact that Brussels found a legally binding solution that opened the way for ratifying the Association Agreement in the Netherlands completely refutes the assertions of our opponents that they were impossible to resolve.

During the past year Russia and the rest of the world were watching with interest how the advocates of Ukraine's European future spent 14 months to find a way out of the situation that took shape after the referendum in the Nether-

lands in which the Dutch people clearly expressed their opposition to the idea of tying Ukraine to the EU at all cost. Indicatively, this took place despite the powerful propaganda brainwashing by strategists from Brussels and other capitals, their own leaders and a political landing party from Kiev.

These dubious methods, to put it mildly, are on the conscience of Dutch politicians. Quite predictably, at the recent debates everything boiled down to evidence-free assertions of Moscow's provocations, appeals for European solidarity in the face of the mythical "Russian threat" and so on.

However, all this leads to a sad conclusion: in fact, the Dutch people who said "no" to the association with Ukraine were taken for a ride. This was done by their own leaders who again resorted to openly Russophobic propaganda, which directly confirms the anti-Russian character of the Ukraine-EU Association Agreement, regardless of any assurances to the contrary.

As for the Kiev authorities, the ratification of the ill-fated agreement will give them some time to continue telling Ukrainians fairy tales about "the bright European future". These fairy tales have become much less impressive after the adoption of a legally binding decision by 28 EU countries to ensure the agreement's ratification. Let me recall that it says in no uncertain terms that the association does not grant Ukraine a status of a EU candidate member. Nor does the agreement provide for any security guarantees, military aid or new EU financial commitments to Kiev. The agreement has no obligations on the free movement of labour, primarily Ukrainian. In the meantime Kiev continues ignoring Ukraine's rapid transformation from an industrialised state into the EU's agrarian raw material appendage. It is to be hoped that the wise Ukrainian people will figure things out.

Quelle: <http://www.mid.ru/en/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/2770076>

Das EU-Parlament unterstützt Handelszugeständnisse für die Ukraine mit Ausnahmen

MEPs back further trade concessions to Ukraine, with exceptions (01.06.2017)

The EU must offer more trade concessions to Ukraine, with the exception of a number of agricultural products.

In a vote amending a Commission proposal, MEPs on Thursday ensured among other things, that:

- tomatoes, wheat, and urea, a raw material for fertilisers, do not enjoy further quota preferences than those outlined in the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA),
- the fight against corruption becomes a condition for granting Ukraine preferential exports, and
- industry representatives, not just member states, may request a study on possible measures protecting EU producers.

The amendments were backed by 475 votes to 102, with 61 abstentions.

Quelle: <<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20170529IPR76233/meps-back-further-trade-concessions-to-ukraine-with-exceptions>>

NATO-Integration der Ukraine in den Abstimmungen der Werchowna Rada

Am 8. Juni 2017 hat die Werchowna Rada den NATO-Beitritt wieder als Ziel der Außenpolitik der Ukraine festgesetzt. Damit ist die Ukraine zu der Außenpolitik zurückgekehrt, die von den Präsidenten Kutschma und Juschtschenko verfolgt wurde. Die Neutralität des Landes, die das Parlament unter Präsidenten Janukowitsch im Jahr 2010 verabschiedet hat, wurde noch Ende 2014 aufgehoben. Wir dokumentieren hier die Abstimmung in der Werchowna Rada über die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine vom 8. Juni 2017 und vergleichen sie mit den Unterstützungswerten zu älteren Gesetzinitiativen zum gleichen Thema.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Tabelle 1: Abstimmung über die Außenpolitik der Ukraine in der Werchowna Rada vom 8. Juni 2017

Partei	Dafür	Gesamtzahl in Fraktion	%
Block Petro Poroschenko	119	140	85 %
Volksfront	68	81	84 %
Selbsthilfe	22	26	85 %
Vaterland	17	20	85 %
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	18	20	90 %
fraktionslos	21	47	45 %
Volkswille	6	19	32 %
Wiedergeburt	5	26	19 %
Oppositionsblock	0	43	0 %
<i>Gesamt</i>	<i>276</i>	<i>422</i>	<i>65 %</i>

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Werchowna Rada der Ukraine (<http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan_gs09/ns_golos?g_id=12853>).

Tabelle 2: Unterstützungsniveau der NATO-Integration der Ukraine bei den Abstimmungen in der Werchowna Rada

Datum	Gesetzentwurf	Inhalt	Dafür	% aller Abgeordneten
Juni 2003	Nr. 2062	NATO-Integration als Ziel	319	71
Juli 2010	Nr. 6451	Einführung eines blockfreien Status der Ukraine	256	57
Dezember 2014	Nr. 1014-3	Aufhebung des blockfreien Status der Ukraine	303	72
Juni 2017	Nr. 6470	NATO-Integration als Ziel	276	65

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Werchowna Rada der Ukraine.

UNICEF und OSZE zu den Wasserproblemen im Donbas

Press Statement of Special Representative of OSCE Chairperson-in-Office Sajdik after meeting of Trilateral Contact Group on 21 June 2017

MINSK, 22 June 2017—The Special Representative of the OSCE Chairperson-in-Office in Ukraine and in the Trilateral Contact Group (TCG), Ambassador Martin Sajdik, made the following statement to the press after the meeting of the TCG and its working groups in Minsk on 21 June 2017:

“First of all, I cannot but mention the serious incident of 20 June 2017 when OSCE Special Monitoring Mission (SMM) staff members were attacked and shot at in certain areas of Donetsk region. Such incidents are unacceptable. Obviously, all parties shall provide for the security and unimpeded movement of SMM personnel. Immediate response measures shall be taken. The parties shall reiterate their commitment to safeguarding the work of OSCE SMM at the highest political level. Today, in support of the initiative of the Security Working Group, I raised this issue in the TCG and I expect prompt reactions from all the parties.

In addition, the Working Group presented the proposal of the so-called ‘harvest ceasefire’—a complete cessation of fire along the entire contact line for the harvest period from 24 June 2017 to 31 August 2017. The initiative has, of course, received support from the TCG. Participants pledged to convey it to their political leadership.

The issue of water supply, which we have repeatedly discussed, is closely related to the cessation of fire, the withdrawal of forces and hardware, and mine clearance.

In the conflict zone, more than two million people on both sides of the contact line depend on the common water supply systems of Donbas. These critical objects of water supply infrastructure have repeatedly been damaged by shelling. The TCG unanimously supported the proposal of the Head of the OSCE SMM Ambassador Ertuğrul Apakan to develop measures to ensure the sustainable operation of the water system for the next meeting. This applies to water pipelines and pumping stations near the settlements of Vasylivka, Petrivske, Krasnyi Lyman as well as the Yuzhno-donbasska water pipeline system.

The topic of water supply and corresponding payments was also considered in the Working Group on Economic Issues. It is a positive development that since late May, a second payment for water supply was made by certain areas of Luhansk region, thus providing water for the population of these areas. Participants of the Working Group still are to develop a stable payment mechanism for water supplies.

In the humanitarian field, the parties welcomed the significant work carried out since the previous meeting. In particular, additional interviews were conducted to verify the free will of those persons who, after their release, prefer to stay in the territory where they were in detention.

Finally, the Working Group on Political Issues continued to deliberate on the issues related to the so-called ‘Steinmeier formula’ in the context of the discussions of the recent Oversight Meeting of Political Directors and Deputy Foreign Ministers of the Normandy Four.”

Quelle: <<http://www.osce.org/chairmanship/324761>>

750,000 children at risk of being cut off from safe drinking water after increased shelling in eastern Ukraine—UNICEF

KYIV, Ukraine/GENEVA 16 June 2017—At least 750,000 children are at imminent risk of being cut off from safe drinking water following a surge in fighting in eastern Ukraine, warned UNICEF today.

The recent escalation of hostilities has damaged vital water infrastructure. Approximately 400,000 people, which includes 104,000 children, had their drinking water cut off for four days this week after two filtration stations for the South Donbass Water pipeline were destroyed by shelling. Urgent repairs were completed yesterday evening.

“Nearly 3 million people in eastern Ukraine rely on water infrastructure that is now in the line of fire. We expect more families will be cut off from safe drinking water, putting children at severe risk of disease and other dangers,” said UNICEF’s Regional Director for Europe and Central Asia, Afshan Khan.

In Donetsk, power lines providing electricity to the city’s water filtration station were damaged earlier this month, threatening more than 1 million people’s access to safe water.

Children cut off from clean drinking water can quickly contract water-borne diseases such as diarrhea. Girls and boys having to fetch water from alternative sources, or who are forced to leave their homes due to disruptions to safe water supplies, face dangers from ongoing fighting and other forms of abuse.

“All sides of the conflict must allow urgent repairs when water sources are destroyed and immediately stop the indiscriminate shelling of vital civilian infrastructure,” said Khan.

UNICEF has provided access to safe drinking water to more than 1.5 million people in government and non-government-controlled areas of eastern Ukraine. This work includes trucking water to people when service is cut off, providing essential supplies and equipment and repairing damaged infrastructure.

After more than three years of conflict in eastern Ukraine, 3.8 million people are in need of humanitarian assistance and more than 1.5 million have been forced from their homes.

UNICEF once again calls for all sides to immediately recommit to the ceasefire signed in Minsk in August 2015 and to respect international humanitarian law, including allowing unrestricted humanitarian access.

In 2017, UNICEF is appealing for US\$31.3 million to provide health and nutrition support, education, clean water, hygiene and sanitation as well as protection for children and families affected by the conflict in eastern Ukraine. The appeal has a funding gap of US\$21.4 million.

Quelle: <https://www.unicef.org/ukraine/media_31045.html>

Angriff auf OSZE-Beobachtermission in der »DNR«-kontrollierten Stadt Jasinowata

Spot Report by the Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM): Armed man shoots at and violently attacks SMM in “DPR”-controlled Yasynuvata (20.06.2017)

On 20 June an SMM patrol (1) comprising two armoured vehicles and six members was stationary at an observation post at “DPR”-controlled Yasynuvata railway station (16km north-east of Donetsk), when it saw two men in military-style attire, one armed with an assault rifle (AK-type) walking in a western direction about 80m away. Another SMM patrol (2) comprising two armoured vehicles and six members was positioned about 150m west of the other patrol and about 100m from the two men. At 11:06, both patrols heard one burst of small-arms fire assessed as coming from the area of the two men.

Then, the two men, both with their faces covered—one with a balaclava, the other with a scarf—moved towards SMM patrol (2) and began to aggressively shout at the SMM. They then left. At 11:10 both SMM patrols attempted to leave the area. As SMM patrol (2) began to leave, the armed man ran to the second vehicle, tried to open the door on the driver’s side and attempted to break the driver’s side window with his gunstock. Failing to do either, he then ran after the first vehicle from SMM patrol (2). Following this, the armed man turned and pointed his assault rifle at the driver and front-seat passenger of the second vehicle from SMM patrol (2). Both patrol members raised their hands in response. When the armed man moved to the side of the vehicle to try to open the front passenger-side door, the driver accelerated. As the SMM vehicle was driving away, the armed man hit the rear right-side window with his gunstock, causing minor damage. The SMM then saw him fire a burst of small-arms fire into the air, followed by three shots that the SMM assessed were fired at the patrol vehicle. The patrol vehicle was not hit. At 11:21, as all SMM patrol vehicles were leaving the area the SMM observed the armed man pointing his assault rifle at the SMM. The SMM returned safely to base in Donetsk city.

The SMM informed the Joint Centre for Control and Co-ordination and asked it to follow up on the incident.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/324391>>

12. – 25. Juni 2017

12.06.2017	Außenminister Pawlo Klimkin regt die Einrichtung einer Online-Plattform an, auf der sich russische Staatsbürger vor einer geplanten Einreise in die Ukraine registrieren müssen. Klimkin befürwortet zudem die Errichtung eines Visaregimes für russische Staatsbürger. Dies sei aber problematisch, da ein solcher Schritt wahrscheinlich eine analoge Maßnahme Russlands nach sich zöge, was auch ukrainische Staatsbürger vor Schwierigkeiten stellen könnte – insbesondere Bewohner der Krim mit ukrainischem Pass.
13.06.2017	Nach Angaben der staatlichen Druckerei müssen sich Binnenflüchtlinge aus dem Donbass und der Krim, die einen biometrischen Pass beantragen, einer speziellen Überprüfung ihrer Identität unterziehen. Nur mit einem biometrischen Pass können ukrainische Staatsbürger nach der am 11. Juni 2017 in Kraft getretenen Vereinbarung ohne Visum in die EU einreisen.
13.06.2017	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschynow, fordert, die »Verteidigung des Landes« auf eine neue Grundlage zu stellen. Anstelle der so genannten »Anti-Terror-Operation«, die zurzeit die gesetzliche Grundlage für den Einsatz der Streitkräfte im Donbass bildet, sollten neue Gesetze erlassen werden, die den umfassenden Einsatz der staatlichen Sicherheitskräfte zur Abwehr eines »hybriden Krieges« regeln.
13.06.2017	Nach Angaben der UN führen beide Seiten im Konflikt im Donbass ungesetzliche Verhaftungen durch. Die Gefangenen würden bisweilen geschlagen, von der Außenwelt isoliert und gezwungen, Geständnisse zu unterschreiben.
14.06.2017	Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug hat sich die Zahl der getöteten und verletzten Zivilisten im laufenden Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt.
14.06.2017	Der Chef des Pensionsfonds, Wladislaw Maschkin, erklärt, die geplante Abschaffung der Steuer auf Renten für arbeitende Rentner werde etwa 500.000 Menschen betreffen. Am 17. Mai 2017 hatte das Ministerkabinett ein entsprechendes Gesetzesprojekt auf den Weg gebracht.
14.06.2017	In einer Umfrage der Gruppe Rating geben 60 % der Befragten an, ihre materielle Situation habe sich im vergangenen Jahr verschlechtert. Für 35 % ist sie etwa gleich geblieben, 6 % sehen eine Verbesserung. Ebenfalls 60 % geben an, die Kosten für kommunale Dienstleistungen, wie etwa Wasser- und Gasversorgung, nicht bezahlen zu können.
15.06.2017	Der US-Senat beschließt neue Sanktionen gegen Russland. Begründet wird der Schritt mit dem Vorwurf der Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016 und mit der Annexion der Krim durch Russland. Die Sanktionen richten sich sowohl gegen weitere Personen aus der russischen politischen und ökonomischen Elite als auch gegen Firmen in bestimmten Wirtschaftssektoren – etwa im Bergbau, der metallverarbeitenden Industrie sowie im Schiffs- und Eisenbahnbau.
15.06.2017	Oleg Netrebko, der verdächtigt wurde, den Überfall auf die Journalistin und Aktivistin Tatjana Tschernowol im Jahr 2013 organisiert zu haben, wird in seiner Zelle in einer Untersuchungsanstalt in Kiew erhängt aufgefunden. Anfang des Jahres war er in Minsk festgenommen und im Mai in die Ukraine ausgeliefert worden. Die Staatsanwaltschaft erklärt später, man habe keine Spuren gefunden, die auf Fremdeinwirkung hindeuten würden.
16.06.2017	Nach Angaben des Kinderhilfswerks UNICEF sind im Donbass aktuell etwa 750.000 Menschen vom Ausfall der Wasserversorgung bedroht. Die erneute Verschärfung des Konflikts gefährde die Funktionstüchtigkeit mehrerer Wasseraufbereitungsanlagen, die entlang der Frontlinie liegen.
17.06.2017	Am Vorabend des sogenannten »Marsches der Gleichheit«, einer Demonstration für die Rechte von LGBT-Personen, die in Kiew stattfinden soll, greifen Unbekannte die Website der ukrainischen LGBT-Bewegung an und platzieren dort eine Fotomontage, die Gewalt an Demonstrationsteilnehmern zeigt. Das Bild wird begleitet von einem Text, in dem Homosexuellen Gewalt angedroht wird.
18.06.2017	Bei einer Demonstration für die Rechte und die Anerkennung von LGBT-Personen in Kiew werden nach Medienangaben drei Gegendemonstranten verhaftet. Nationalistische Organisationen hatten zur Störung der Demonstration aufgerufen. Sie werden von der Polizei an einem Eingriff gehindert. Nach Angaben des rechtsextremen Rechten Sektors ist unter den Verhafteten auch ein Abgeordneter des Kiewer Stadtparlaments von der rechten Partei Freiheit. Nach dem Ende der Demonstration werden zwei Teilnehmer von einer Gruppe tödlich angegriffen. Die Polizei nimmt daraufhin einen jungen Mann fest.
19.06.2017	Der Rat der EU verlängert die Sanktionen gegen Russland, die infolge der Krim-Annexion erlassen wurden, um ein Jahr bis Ende Juni 2018. Die Sanktionen sehen unter anderem ein Importverbot von Waren aus der Krim, ein Investitionsverbot und ein Verbot für Anbieter von Kreuzfahrten aus der EU, die Krim anzusteuern, vor.
19.06.2017	Der Fraktionsvorsitzende der Partei Selbsthilfe, Oleg Beresjuk, geht in Hungerstreik. Er bringt damit nach eigenen Angaben seine Unterstützung für die westukrainische Stadt Lwiw zum Ausdruck. Ihr Bürgermeister Andrij Sadowyj hatte sich zuvor ohne Erfolg bei Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman um Unterstützung bei der Bewältigung des Müllproblems der Stadt bemüht.
20.06.2017	Parlamentssprecher Andrij Parubij erklärt, dass das Sicherheitsabkommen mit den USA, das die Ukraine anstrebt, neben gemeinsamen Militärübungen auch die Stationierung von US-Truppen in der Ukraine erlaube.

20.06.2017	Die Süßwarenfirma Roshen des Präsidenten Petro Poroschenko erklärt, ihre Produktion in Russland eingestellt zu haben. Im Dezember letzten Jahres hatte ein russisches Gericht im Rahmen eines Prozesses wegen Steuerhinterziehung die Beschlagnahmung mehrerer Immobilien der Firma am Produktionsstandort im russischen Lipezk angeordnet. Die Beschlagnahmung war am 19. Juni 2017 von einem Gericht bestätigt worden.
20.06.2017	Präsident Petro Poroschenko trifft in Washington den US-Präsidenten Donald Trump. Er erklärt später, Trump habe ihm Unterstützung bei der Wahrung der territorialen Integrität und der Souveränität der Ukraine zugesagt.
20.06.2017	Die OSZE-Beobachtermission meldet einen Angriff bewaffneter Vertreter der »Volksrepublik Donezk« auf eine Patrouille der Beobachtermission. Ein bewaffneter Maskierter habe versucht, mit seiner Waffe das Seitenfenster eines Wagens der Mission einzuschlagen, habe seine Waffe auf Fahrer und Beifahrer gerichtet und habe, als sich der Wagen in Bewegung setzte, drei Schüsse in dessen Richtung abgegeben.
21.06.2017	Parlamentssprecher Andrij Parubj gibt Gesuche der Generalstaatsanwaltschaft zur Aufhebung der Immunität von fünf Abgeordneten an den zuständigen Ausschuss weiter. Es handelt sich um zwei Abgeordnete der Fraktion Volksfront, einen der Radikalen Partei, einen der Parlamentariergruppe Volkswille und einen des Blocks Petro Poroschenko.
22.06.2017	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz zur Einrichtung eines Verfassungsgerichts. Das Gericht soll auf Anruf von mindestens 45 Parlamentariern, des Präsidenten und auch von Einzelpersonen Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen können und aus 18 Richtern bestehen; je sechs werden vom Präsidenten, dem Parlament und der Berufsvereinigung der Richter ernannt.
22.06.2017	Während einer Durchsuchung in den Redaktionsräumen des Online-Mediums Strana.ua wird dessen Chefredakteur, Ihor Guschwa, festgenommen. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft ihm vor, einen nicht genannten Politiker mit der Drohung, kompromittierendes Material zu veröffentlichen, erpresst und 10.000 US-Dollar von ihm erhalten zu haben. Guschwa erklärt hingegen, die Festnahme sei politisch motiviert: Dmytro Linko, ein Abgeordneter der Radikalen Partei, habe ihm 20.000 US-Dollar für die Löschung kritischer Beiträge über den Vorsitzenden der Radikalen Partei, Oleh Ljaschko, geboten. Er sei nicht darauf eingegangen. Nun versuche Linko, die Sicherheitsorgane gegen das Medium einzuspannen. Gegen Guschwa werde seit April ermittelt.
23.06.2017	Nachdem am Vortag der Chefredakteur der Online-Zeitung Strana.ua, Ihor Guschwa, wegen des Verdachts auf Erpressung festgenommen worden war, durchsucht die Staatsanwaltschaft auch dessen Wohnung. Guschwa hält die Ermittlungen für politisch motiviert.
24.06.2017	Im westukrainischen Lwiw beginnt der Abtransport des angehäuften Mülls, der aufgrund organisatorischer Probleme und des Großbrandes einer Müllhalde im Jahr 2016 bisher nicht abtransportiert und gelagert werden konnte. Infolge einer Intervention des Ministerpräsidenten Wolodmyr Hrojsman wurde am 21. Juni 2017 die regionale Regierung mit der Lösung des Problems beauftragt. Seitdem wurden 270 der 12.000 Tonnen in umliegende Städte abtransportiert. Unterdessen wird in Kiew die stellvertretende Parlamentssprecherin Oksana Syroid ins Krankenhaus eingeliefert. Sie hatte sich an dem Hungerstreik der Fraktion Selbsthilfe beteiligt, mit dem die Partei auf das Müllproblem in Lwiw aufmerksam machen wollte. Am Nachmittag unterbrechen zwei weitere Abgeordnete den Hungerstreik.
25.06.2017	Polen und die Ukraine vereinbaren eine Zusammenarbeit bei mehreren Infrastrukturprojekten im Zusammenhang mit der Via Carpatia, einem Straßennetz, das mehrere Länder aus Süd- und Ostmitteleuropa verbindet. In der Ukraine soll der Anschluss an die Via Carpatia, die entlang der ukrainischen Westgrenze durch Ungarn, die Slowakei und Polen verläuft, ausgebaut werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>